

05/2022

DSiGB
Deutscher Städte-
inhaber-Verband

KOMMUNAL.

WIR GESTALTEN DEUTSCHLAND

LEITARTIKEL

Baulandkonzepte statt
Bauverteuerungs-
Konzepte

Seite 6

BEST PRACTICE

Plattform innovativer
Kommunen

Seite 18

DAS COMEBACK DER INNENSTÄDTE

Kunst, Kultur und
Kaufanreize – so
kehrt das Leben
zurück. Seite 10

EUR 9,90



4 198867 009901

Wir lassen Sie nicht im Regen stehen!

Ob beim Warten auf den Bus, die Bahn oder aufs Shuttle – **wir haben den passenden Unterstand für Sie und Ihre Gemeinde!**

Das Team von **www.KOMMUNALBESCHAFFUNG.de** hilft Ihnen bei der Suche nach Ihrem gewünschten Artikel!



 **KOMMUNAL**
BESCHAFFUNG.DE

FOTO/Benjamin Westhoff, Gudrun Mallwitz (Cover)

EDITORIAL

CHANCEN IN DER KRISE - VERTRIEBENEN EFFEKTIV HELFEN

Eine sinnvolle berufliche Tätigkeit und ein guter Arbeitsplatz sind Booster für die Integration. Der Ansatz, alles zu unternehmen, um die Kriegsflüchtlinge, die teilweise gut beruflich qualifiziert sind, schnell in den Arbeitsmarkt zu bringen, ist gut und richtig – zumal in Deutschland überall Arbeitskräfte fehlen. Die beruflichen Qualifikationen sollten schnell und unbürokratisch anerkannt werden. Eine Beschleunigung könnte auch dadurch erreicht werden, dass die Möglichkeit eröffnet wird, eine vorläufige Anerkennung auszusprechen.

Da viele Vertriebene Mütter mit Kindern sind, setzt dies allerdings voraus, dass zusätzliche Kita- und Schulplätze geschaffen werden. Dafür müssen Bund und Länder den Kommunen die notwendigen Investitionsmittel bereitstellen, denn wir werden zusätzliche Kitas bauen oder Schulen erweitern müssen. In Mobilbauweise können die notwendigen Plätze kurzfristig geschaffen werden. Das sollte mit einer verstärkten Sprachförderung und entsprechenden Kursen begleitet werden. Das Verfahren zur Einrichtung solcher Sprachkurse ist bisher aber viel zu kompliziert und umständlich.

Deshalb müssen vor Ort flexible Lösungen – gerne auch in Zusammenarbeit mit den flächendeckend vorhandenen Volkshochschulen – etabliert werden. Was gestern lang und umständlich auf den Weg gebracht wurde, muss in dieser historischen Krise dynamisch und einfach umgesetzt werden. 



Dr. Gerd Landsberg
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städte- und Gemeindebundes



Liebe Leserin,
lieber Leser,



unsere Innenstädte standen auch schon vor der Corona-Pandemie unter Druck. Das Internet ist dabei nur eine der Herausforderungen, denen sich Kommunen stellen müssen. Hin-

zu kommen ein geändertes Kaufverhalten, steigende Mieten und das Sterben der attraktiven kleinen Geschäfte, die in der Vergangenheit das Gesicht der Innenstadt oft prägten. Doch mehr und mehr drängen die Filialisten auf den Markt. Corona hat nun den Innenstädten einen noch größeren Druck gebracht. Zeit, mit neuen und innovativen Konzepten den Innenstädten neues Leben einzuhauchen. In dieser Ausgabe gehen wir der Frage nach, welche Kommunen mit welchen Konzepten eine erfolgreiche Belebung der Zentren erreicht haben. Die Stadt Hanau ist dabei nur ein Vorzeigebispiel: Dort hat ein 19-Jähriger in der Fußgängerzone ein Geschäft mit nachhaltigem Konzept eröffnet. Ein Konzept, das es vorher nur im Internet gab, das nun aber auch in der realen Welt seine Kunden findet. Wo das nicht genügt, werden Städte selbst aktiv, in einem Fall sogar als kommunaler Spielwarenhändler. Machen Sie sich selbst ein Bild davon, wie kreativ unsere Städte und Gemeinden sind.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

MICHAEL ZIPPER
Geschäftsführer Zipper Media GmbH



/10
Vitale Innenstadt
Strategien gegen den Leerstand



/26
Energie
Ein Dorf versorgt sich selbst



/34
Europa
Zukunftsforscher über Kommunen



/48
Bauen
Eine Gemeinde setzt auf Holz

FOTOS: Gudrun Mallwitz, Gemeinde Wildpoldsried, Adobe Stock, Gemeinde Bad Berleberg

POLITIK & RECHT

Leitartikel ⁰⁶
Baulandkonzepte statt Bauversteuerungs-Konzepte

Innenstadt ¹⁰
Eine Kleinstadt misst die Besucherströme

Plattform ¹⁸
Innovationen fürs Land

Erfahrungsbericht ²²
Digitale Ratssitzung in der Praxis

Schottergärten ³⁶
Verbote oder Anreize?

ARBEITEN & GESTALTEN

Daseinsvorsorge ⁴⁴
Sanierung oder Neubau?

Modernes Bauen ⁴⁸
Kommunen auf dem Holzweg

Finanzierung ⁵²
Crowdfunding für Kommunen

LAND & LEUTE

Portrait ⁵⁶
Bürgermeisterin des Monats

Stadtplanung ⁶⁰
Mickey-Maus-Dörfer für Senioren

Zu guter Letzt ⁶⁶
Kaffee ist gut fürs Herz

IMPRESSUM

Medieninhaber: Zipper Media GmbH
Reinhardtstraße 31, 10117 Berlin
Mitherausgeber: Gerd Landsberg mit Unterstützung der DStGB-Dienstleistungs-GmbH, Franz-Reinhard Habel
Geschäftsleitung: Mag. Michael Zipper

Chefredaktion (v.i.S.d.P.):
Christian Erhardt-Maciejewski

Redaktion: Gudrun Mallwitz, Benjamin Lassiwe, Rebecca Piron, Carmen Molitor, Annette Lübbers, Dorothea Walchshäusl

Autoren dieser Ausgabe:
O. Dülmen, O. Valk, G. Donaubauer, O. Junk, A. Sczesniak, D. Dettling, M. Güllner, F.R. Habel, G. Landsberg

Gestaltung: Melina Werner
Lektorat: Klaus Schuster

Redaktionsadresse:
KOMMUNAL, Reinhardtstraße 31,
10117 Berlin, Telefon: 030/8145 012600

Anzeigen:
Gunnar Lindner (Leitung)
gunnar.lindner@kommunal.de
Manuela Czapka, manuela.czapka@kommunal.de
Marco Danker, marco.danker@kommunal.de
Stephan Zick, stephan.zick@kommunal.de

Auflage: 101.200 Exemplare
Heftpreis: Einzelheft € 9,90,
Jahres-Abonnement € 49,90 (inkl. Versand)
Druck: Möller Druck und Verlag GmbH, Zepelinstraße 6, 16356 Ahrensfelde

Gender-Hinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die Verwendung geschlechterspezifischer Sprachformen verzichtet. Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung sämtliche Geschlechteridentitäten.

Gastbeiträge und Kommentare fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken. Die Redaktion hält sich vor, Einsendungen redaktionell zu bearbeiten und zu kürzen.

Sonderveröffentlichungen sind Beiträge, die auf Unternehmensinformationen basieren und vom Unternehmen bezahlt werden. Sie sind gekennzeichnet und erscheinen außerhalb der redaktionellen Verantwortung von KOMMUNAL.

Für unverlangt eingesandte Magazine, Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin, Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, Handelsregister-Nummer: HRB 158797 B, Bankverbindung: Berliner Sparkasse, IBAN: DE80 100500 00 1903 10286 BIC: BELA2333

DER BESTE WEG ZU KOMMUNAL ...

... für Leser, die Fragen zur Verteilung oder zum Abonnement haben:
leserservice@kommunal.de
www.kommunal.de/leserservice

... für Leser, die Artikel kommentieren oder Informationen einsenden wollen:
redaktion@kommunal.de

... für alle, die sich für unsere Media-Daten interessieren:
office@kommunal.de
www.kommunal.de/unternehmen

LEITARTIKEL

WARUM DER TRAUM VOM „SCHÖNER WOHNEN“ PLATZT

Es gibt genug Bauland für zwei Millionen Wohnungen, sagt eine neue Studie. Gebaut wird in Zeiten grassierender Inflation trotzdem nicht. „Mietpreisbremsen und schnelle Umverteilungsaktionen sind zwar populär, haben die Situation aber nur noch verschärft“, meint Christian Erhardt und fordert Bauland-Konzepte statt Bauverteuerungs-Konzepte.



Euro bei den heutigen Baupreisen schon lange keine Luxusvilla mehr gibt – in der Stadt reicht die Summe mit Ach und Krach für eine 100-Quadratmeter-Mittelklasse-Wohnung im Randbezirk. Wer hingegen der Politik geglaubt hat, „es gibt weiter bezahlbare Mieten“, ist der Gelackmeierte.

Denn auf den vielen Flächen – Deutschland hat Baulandflächen in der Größe der Stadt Berlin – lassen sich keine bezahlbaren Wohnungen mehr bauen. Das Bauland reicht zwar für zwei Millionen Wohnungen, zwei Drittel der Flächen sind in kommunalen Planungen sogar schon für Wohnungen vorgesehen, es wird aber nicht gebaut. Bestehende Gebäude kommen gar nicht mehr erst auf den Markt, weil selbst 0,3 Prozent Rendite im Bestand noch besser sind als das Geld aufs Konto zu legen. Der Neubau wird ohnehin unattraktiv. Nehmen wir den banalen Sack Zement. Der wird teurer, weil die Holzpaletten, auf denen er geliefert wird, teurer werden, Stichwort: Holzkrise. Irgendwer muss dann auch die CO₂-Steuer des Spediteurs bezahlen. Vermutlich mit Geld, das unsere Zentralbank weiter fröhlich druckt, das aber die Inflation nur weiter anheizt. Ähnlich macht es der Staat, der immer neue „Sondervermögen“ bildet. Übrigens eine herrliche Umschreibung für das Ausgeben von Geld, das man gar nicht hat.

Und so kommt nach der großen Seuche nun die große Teuerung.

Die Seuche machte Desinfektionsmittel und Masken knapp, die Teuerung macht aus vorhandenem Bauland Brachflächen, die keiner bebaut. Selbst der kommunale Bau ist bei dem Dreiklang aus hohen Baupreisen, fehlendem Personal und dem Preistreiber Klimaschutz kaum noch zu stemmen. In unseren Städten und Gemeinden würden Wohnungen entstehen, die selbst mit erheblichen Subventionen nicht mehr zu halbwegs bezahlbaren Preisen vermietet werden könnten. Hier eine kleine Sonderentwicklung und da keine Baumaterialien, dort eine Verzögerung am Bau und der soziale Wohnungsbau wird zum Desaster für den kommunalen Haushalt. In den Bauämtern ist bekannt, dass allein im vergangenen Jahr die Baukosten um über zehn Prozent gestiegen sind. Ein verkorkster vorläufiger Stopp der KfW-Förderung hat noch einmal 80.000 geplante kommunale Wohnungen auf Eis gelegt, rechnen Experten vor. Gibt's die Förderung nicht, muss die Stadt den Mietpreis pro Quadratmeter um 1,50 Euro höher ansetzen.

Lösen können wir das Problem in unseren Kommunen nur bedingt. Aber wenn WIR es nicht lösen, dann keiner! Das Bauland ist da – es fehlt nur noch der Wille! Die gute Nachricht: Immer mehr

Kommunen erfassen systematisch ihre bebaubaren Flächen und Baulücken – immerhin schon mal eine wichtige Grundlage für kommunale Baulandpolitik. Dort, wo Flächen im Besitz der Kommunen sind, gibt es zumindest günstiges Bauland. Wenn die Kommunen es richtig anstellen. Stichwort: Vergabe nach Konzept statt nach Höchstpreis. Wenn jetzt noch das Baurecht entrümpelt wird, sind wir einen Schritt weiter. In Ballungszentren lassen sich mit Kreativität Gebäude aufstocken, Dachgeschosse und Keller ausbauen, Discounter überbauen und vieles mehr. Sind Arbeitgeber auch weiter bereit, Home-Office endlich zum „Normalzustand“ zu erklären, werden Büroflächen frei, die in Wohnraum umgewandelt werden können. Und im ländlichen Raum fällt die umweltschädliche Pendelei weg und der Bauplatz – meist deutlich günstiger – wird erheblich attraktiver.

Was nicht helfen wird: Ein von Bauvorschriften erzwungenes Niedrig-Energiehaus, das unbezahlbar ist. Auch dann nicht, wenn der Staat versucht, den Druck auf die Menschen durch künstlich in Fantasiehöhen getriebene Energiepreise weiter zu erhöhen. Bürger durch das Treiben von Inflation und durch staatliche Eingriffe künstlich arm zu machen, führt zur Pervertierung der Situation. Oder anders gesagt: Rausverarmen ist keine Lösung! ❗

Wer vor 15 Jahren gebaut hat, der konnte sich der Rendite dank steigender Preise sicher sein. Er musste nur mit Sprüchen wie „böse Vermieter“ und Wehklagen von Menschen rechnen, die sich einen Hauskauf nicht leisten konnten oder wollten. Dafür konnte sich der Mieter dann auf die „Regulierung der Regierung“ verlassen. Mietpreisbremse und das Gefühl, dass wenigstens dem „Reichen“ durch Steuern einiges wieder genommen wird. Umverteilung war und ist im Trend.

Im Ergebnis konnte der Mieter auch nach der Trennung in der großen Wohnung allein weiterleben. Nicht umsonst hat sich die Quadratmeterzahl, auf der der Durchschnittsdeutsche lebt, in den letzten 20 Jahren immer weiter erhöht. Das Feindbild „böser Vermieter“ konnte zudem gepflegt werden, da man laut Statistik mit einem Vermögen von 500.000 Euro inklusive Grundbesitz inzwischen zu den 5 Prozent der „Reichsten“ in Deutschland gehört. Nur, dass es für 500.000

ANZEIGE

FOTOS/ privat, Adobe Stock



GSK
STOCKMANN

Das Ganze begreifen.
Damit Ihr Projekt
unangreifbar wird.



YOUR PERSPECTIVE.
GSK.DE | GSK-LUX.COM

Einkaufsbox statt Dorfladen

In Pettstatt in Oberfranken hat die erste **Einkaufsbox einer Lebensmittelkette eröffnet**. Auf einer Verkaufsfläche von 39 Quadratmetern können Kunden somit jetzt auch nachts einkaufen. 700 Artikel bietet das Geschäft. Personal gibt es in dem kleinen Supermarkt nicht. Pettstatt hat 2.000 Einwohner und seit längerem keinen Supermarkt mehr. Der Bürgermeister sieht das Modell als sinnvolle Alternative zum klassischen Dorfladen. KOMMUNAL hat das Projekt genauer unter die Lupe genommen. Unseren ausführlichen Bericht finden Sie online hier



Treffpunkt für Fans
facebook.com/kommunal.magazin

Twittern, was uns bewegt
twitter.com/KOMMUNALaktuell

E-Mail an die Redaktion
redaktion@kommunal.de

Newsletter bestellen
kommunal.de/newsletter/kommunal

Abo und mehr
kommunal.de/leserservice

News zu jeder Zeit
www.kommunal.de

INVESTIEREN IN GEFÖRDERTES WOHNEN

Warum es nicht ohne privates Kapital geht

Wir von der **INDUSTRIA WOHNEN** investieren seit Jahren in gefördertes Wohnen. Ungefähr 13 Prozent unseres Wohnimmobilienbestandes von 4,5 Mrd. Euro bzw. 18.600 Einheiten sind dem geförderten Wohnen zuzurechnen. Den dringend benötigten Wohnraum können kommunale Wohnungsbaugesellschaften allein nicht schaffen, auch

wenn sie einen wichtigen Beitrag dafür leisten. Aber wenn das Ziel der neuen Bundesregierung von 100.000 neuen geförderten Wohnungen pro Jahr erreicht werden soll, dann geht das nur mit Hilfe von privaten Investoren. Auch private Investoren sind oft sehr langfristig orientiert, nicht zuletzt weil für sie die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien eine immer größere Rolle spielt.

Bundesrechnungshof kritisiert Klimaschutzpolitik

Der Bund finanziert aktuell über 100 Förderprogramme für den Klimaschutz, die mehrere Milliarden Euro ergeben. Dem Großteil der

Programme fehle es aber an Transparenz, kritisiert der Bundesrechnungshof. So würde fast nie ermittelt, wie viel sie zur Minderung von

Treibhausgasen beitragen. Damit werde Geld auch für wirkungslose und ineffiziente Programme eingesetzt. Die obersten Rechnungsprüfer

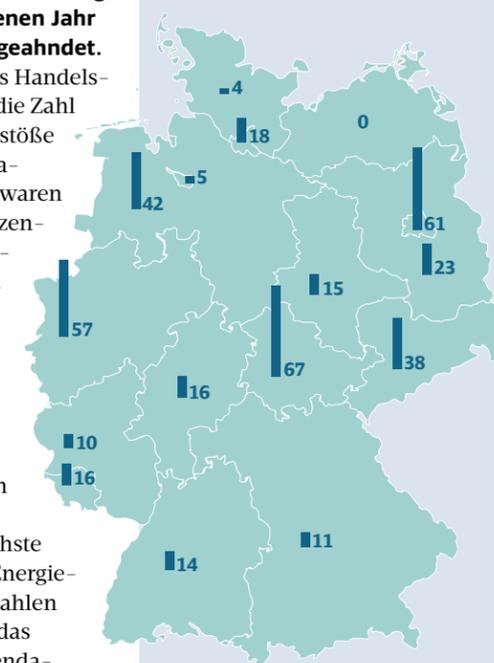
empfehlen daher ein Klima-Tracking, also eine systematische Analyse der Ausgaben und Einnahmen mit Blick auf ihre Klimawirkung.

Mehr Bußgelder wegen Datenschutz-Verstößen

397 Verstöße gegen die Datenschutzgrundverordnung wurden im vergangenen Jahr mit einem Bußgeld geahndet.

Diese Zahl meldet das Handelsblatt. Im Vorjahr lag die Zahl bei 301. Viele der Verstöße haben mit der Corona-Pandemie zu tun. So waren etwa bei einigen Testzentren personenbezogene Gesundheitsdaten im Internet leicht einsehbar. Auch bei der Veröffentlichung von Infektionszahlen, der Erhebung des Impfstatus und der Übermittlung von Impfnachweisen gab es Probleme. Die höchste Einzelstrafe musste Energieversorger Vattenfall zahlen – 900.000 Euro, weil das Unternehmen Kundendaten ohne transparente Information abgeglichen habe.

ZAHLE DER VERHÄNGTEN BUSSGELDER WEGEN DER DSGVO



QUELLE: Handelsblatt

KASSENKREDITE DER KOMMUNEN SINKEN in Mrd. Euro, Kern- und Extrahaushalte



QUELLE: Statistisches Bundesamt



Öffentliche Schulden steigen

Zum Jahresende 2021 war der Öffentliche Gesamthaushalt mit 2.320 Milliarden Euro verschuldet. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 27.900 Euro. Damit stieg die öffentliche Verschuldung im Jahresvergleich um

fast 7 Prozent. Einziger Grund sind gesunken. Hintergrund ist unter anderem eine Umschuldung im Saarland. Die Werte in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz bleiben aber besorgniserregend.

FOTO/Rewe, Adobe Stock

Wir beraten Sie gerne persönlich.

Kontaktieren sie **Elmar Limley**.

☎ 069 838398802

✉ elmar.limley@industria-wohnen.de





STADTENTWICKLUNG

ERST IM INTERNET, JETZT IN DER INNENSTADT

In Hanau eröffnete ein 19-Jähriger in der Fußgängerzone einen Laden mit nachhaltigem Konzept. Vorher hatte er nur online verkauft. Vor allem bei den jungen Käufern kommt sein Geschäft gut an. Wie die hessische Stadt ihr Zentrum attraktiv machen will – und mit welchen Ideen andere Kommunen die Innenstädte beleben wollen.

Von GUDRUN MALLWITZ

Noah Naber hat eine Leidenschaft: Gebrauchtes. „Ich habe schon immer viel Zeit dafür verwendet, um auf Flohmärkten nach Klamotten für mich zu suchen“, erzählt er. „Was mir zuhause dann doch nicht passte, habe ich ins Internet eingestellt.“ Zu seiner Überraschung bekam er viel mehr Geld dafür, als er ausgegeben hatte. Und so wurde eine Geschäftsidee daraus: Im Frühjahr 2020 eröffnete er einen Online-Shop mit hochwertiger Vintage-Secondhand-Mode vor allem aus den 1980er- und 1990er-Jahren und gefragten Labels. Es lief gut, bis die Flohmärkte in der Corona-Pandemie schließen mussten. Von da an kaufte Noah Naber bei Textilrecyclern. Der Traum vom eigenen Laden mit direktem Kontakt zu den Kunden wuchs. „Über Youtube habe ich mir Videos über die großen Second-Hand-Shops in den USA angeschaut. Die Vintage-Szene ist dort riesig“, schwärmt er.

Der eigene Laden war schneller da, als sich Noah Naber erträumt hatte: Sein Vater wies ihn darauf hin, dass die Stadt Hanau ein leerstehendes

Geschäft in der Nürnberger Straße als sogenannten Pop-up-Laden anbietet. Der Vormieter war ausgezogen, es drohte Leerstand. Drei Monate lang, so versprach die Stadt, übernehme sie die Miete für den Laden, es müssten nur die Betriebskosten bezahlt werden – und zehn Prozent des Bruttoumsatzes an die Kommune abgeführt werden. „Ein Mega-Konzept“, findet Jungunternehmer Naber. Und es läuft: Als KOMMUNAL vorbeischaute, kam ständig jemand in den kreativ eingerichteten Laden. Die Kunden: überwiegend sehr jung, aber auch Ältere tauchen hier gern in Nostalgie ein: Drei Polstersessel stehen im Geschäft, dazu ein Tischchen und daneben eine stoffbespannte Stehlampe mit dunkelroter Bordüre; auf der türkis gestrichenen Kommode liegen alte Bravos und ein Stapel der Programmzeitschrift HörZu aus den 1960er-Jahren.

Pop-up-Stores sind ein fester Bestandteil von Hanaus Innenstadtkonzept, dem preisgekrönten Stadtentwicklungsprogramm „Hanau auFLADEN“. Interessierte können Ladenkonzepte für einen begrenzten Zeitraum zu subventionierten Mieten ausprobieren und tragen so ein geringeres wirtschaftliches Risiko. Die Stadt bietet unter anderem Kurse für digitales Marketing und größere Sichtbarkeit im Netz an. Bei einer solchen Beratung stellte sich heraus, dass ein Laden für die damals 29-jährige Valerie Ramme durchaus Sinn machen würde, wenn sie ihn mit einem Partner betreiben kann. So bekam Noah Naber für seinen stationären Shop „Second Vintage“ eine Kollegin. Auch sie setzt auf Nachhaltigkeit, auch sie verkaufte zunächst nur online Kleidung aus Naturmaterial, umweltfreundlich verpackt. „Lotte im Glück“ heißt ihr Geschäft. Die beiden Jungunternehmer wechseln sich im Laden bei der Präsenz ab, ein Modell, das auch für andere Händler interessant sein dürfte.

Erleben die Innenstädte nun ein Comeback? Anfang April entfiel die Maskenpflicht beim Einkaufen und es können wieder alle ohne Test und Impfnachweis essen gehen. „Leider müssen wir hinter der Wiederkehr der Innenstädte ein großes Fragezeichen setzen“, sagt Michael Reink vom Deutschen Handelsverband. „Wir beobachten schon, dass wieder mehr Menschen in die Innenstadt kommen, doch 35 Prozent der Bürger sagen in Umfragen, dass sie künftig mehr online einkaufen wollen.“ Den Wegfall der Maskenpflicht sieht der Handelsverband

»
Wir sind stolz darauf, schon sichtbar für jeden bereits sehr viel bewegt zu haben.“

Claus Kaminsky,
Oberbürgermeister
von Hanau



Seit 30 Jahren führen Marina und Edgar Lülöw das von der Familie Brachmann gegründete Spielwarengeschäft in Hanau. Die Stadt übernimmt den Laden.

zweischneidig. „Viele werden bei hohen Inzidenzen wegbleiben, andere kaufen ohne Maske wieder lieber ein.“ Reink rechnet damit, dass viele Händler das Hausrecht durchsetzen – und auf die Maske bestehen, allein, damit nicht so viel Personal ausfällt. Klar ist schon jetzt, dass Inflation und Preissteigerungen durch den Ukraine-Krieg die Kaufkraft beeinträchtigen werden. Bei einer aktuellen Befragung halten 83 Prozent der Einzelhändler Zukunftsinvestitionen zwar für notwendig. Doch fast die Hälfte sagt: Wir können nur ins reine Kerngeschäft investieren. Erschwerend kommt hinzu: Händler müssen die in der Corona-Pandemie gestundeten Mieten zurückzahlen. Viele haben aufgegeben. „In den 1-A-Lagen der größeren Städte stehen 15 Prozent der Geschäfte leer, in den Nebenstraßen oder an den Enden der Fußgängerzonen sind es sogar 25 Prozent“, sagt Reink. Die Gefahr: Sind Läden in der Nachbarschaft ungenutzt, findet sich weitaus schwerer ein Mieter. „Auch deshalb sind Pop-up-Ladenkonzepte äußerst sinnvoll“, so Reink. Und: „Es handelt sich um dezentrale Gründerzentren.“ Was bei Handwerkern oder IT-

FOTOS: Gudrun Mallwitz, Hanau Marketing GmbH

Start-up-Firmen funktioniert, kann auch im Handel einen Schub bringen. Klar ist: Die Innenstädte sollen künftig mehr bieten als Geschäfte und ein paar Bänke in der Fußgängerzone. Um die Metamorphose zu ermöglichen, hat der Bund viel Geld bereitgestellt. Die Kommunen konnten sich für das 250-Millionen-Euro-Programm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ bewerben. „Eine starke Unterstützung“, betont Reink. Mit unerwünschten Nebenwirkungen aber: „Die Umbauarbeiten könnten weitere Besucher abhalten“, befürchtet er. „Viele Händler werden eine weitere Durststrecke nicht verkraften.“ Er wünscht sich daher einen Sonderfonds des Bundes für Unternehmen, die in dieser Zeit in Not geraten.

Gegen den Leerstand kämpft auch die niederbayerische 11.000-Einwohner-Stadt Waldkirchen ganz im Osten Deutschlands. Wer hier ein leerstehendes Gebäude herrichtet und bezieht, lebt dort erst einmal mietfrei. 1.000 Neubürger kamen so in den vergangenen Jahren nach Waldkirchen,



das auch Neubau ermöglicht. An den Erfolg will Bürgermeister Heinz Pollak mit dem neuen Leerstands-Programm für den Handel anknüpfen. Zwei Monatsmieten übernimmt der Vermieter, sechs weitere Monatsmieten die Stadt. Ein Heilpraktiker, ein Kosmetikladen, ein neuer Friseur, eine Eisdiele und ein Taschengeschäft haben daraufhin eröffnet. Quer durch Deutschland suchen Kommunen nach einer Lösung für die Innenstädte. Auf einer Teilnehmungsplattform konnten die Bürger der Kleinstadt Bad Belzig in Brandenburg zur künftigen Gestaltung abstimmen. „Mit fünf Fragen versuchen wir herauszufinden, wie sich die Menschen die Innenstadt wünschen“, erläutert Konrad Traupe vom Smart-City-Projekt „Zukunftsschusterei“. Außerdem wurde ein Workshop mit Händlern, Gastronomen, Stadtplanern und Denkmalschützern, Eigentümern und Familien organisiert. Bei der Umfrage wurde gefragt, ob ein Parkhaus gewollt ist. Viel Zustimmung gab es auf die Frage: Soll ein Teil der Parkplätze auf dem Marktplatz umgenutzt werden? Stattdessen könnte mehr Platz für das Eiscafé geschaffen und die Veranstaltungsfläche erweitert werden. Und es ging darum, ob die Einkaufsstraße stärker auf Radfahrer und Fußgänger ausgerichtet werden soll. Wissen wollte die Stadt auch: Brauchen wir mehr Feste? Soll es in der Innenstadt mehr Grünflächen geben?

Auch Hanau beteiligt die Bürger ständig am Innenstadtkonzept – und kommt mit frischen Ideen gut voran. Geplant ist für das zweite Halbjahr 2022 ein Kompetenzzentrum für Handel, Digitalisierung und Immobilien. Dort wird dann beraten, betreut, geschult. Es gibt sogar eine Headhunterin für neue Ladenkonzepte. Susanne Schmitz sucht Betreiber für innovative Ladenkonzepte, spricht mit Bewerbern und entwickelt mit ihnen einen Umsetzungsplan. Die Corona-Lockerungen will Hanau bis Oktober für Veranstaltungen nutzen. Mehr Farbe an Häusern, Brücken und auf Straßenpflastern, Urban Gardening und neue Märkte sind angekündigt. Die Überschrift: „Hanau macht Lust auf das Leben“.

Jüngst machte die Stadt als Spielwarenhändlerin bundesweit Schlagzeilen. Denn sie kaufte ein Traditions-Spielwarengeschäft, um es künftig selbst zu betreiben. Nach 30 Jahren gibt das Betreiber-Ehepaar den Laden ab. Weil die Suche nach einem Nachfolger erfolglos blieb, beschloss die Stadt, das Traditionshaus mit Personal und Sortiment



zu übernehmen. Dazu kaufte sie das ganze Haus. Oberbürgermeister Claus Kaminsky sagt dazu: „Es handelt sich um eine Win-Win-Situation, bei der Leerstand vermieden, Spekulation unterbunden und ein traditionsreiches Angebot erhalten und erneuert wird.“ Die städtische Gesellschaft als Einzelhändler, das soll aber auch in Hanau die Ausnahme bleiben, machte er klar. Das Konstrukt sieht so aus: Die städtische Bauprojekt GmbH kauft das Gebäude und übernimmt das Geschäft. Die Hanau Marketing GmbH will sich die Namensrechte Spielwaren Brachmann sichern. Sie mietet die 300 Quadratmeter bei der Bauprojekt GmbH an. „Unser Ziel ist es, jemanden zu finden, der das Geschäft übernimmt, denkbar ist auch, dass wir an der Stelle ein neues Konzept umsetzen“, sagt Daniel Freimuth, operativer Leiter der Hanau Marketing GmbH. Ein wirtschaftliches Risiko sieht die Stadt nicht. Dafür sorgten die Bestandsmieten für die Wohnungen über dem Laden.

Über die seit 2019 geltende Vorkaufssatzung bekommt die Stadt mit, wann Verkäufe geplant sind und kann Zugriff auf strategisch wichtige Flächen bekommen. Damit gewinnt sie Einfluss auf den Ladenmix. Es ist nicht das erste Mal, dass die Stadt ein Geschäft führt. Im Juni vorigen Jahres hat sie den „KunstKaufLaden Tacheles“ eröffnet. „Wir haben hier innerhalb von 10 Monaten mehr als 900 Kunstwerke verkauft“, sagt Mitarbeiterin Rachel Brendel. Die meisten Künstler stammen aus der

„**Wir haben hier innerhalb von 10 Monaten mehr als 900 Kunstwerke verkauft.**“

Rachel Brendel,
Mitarbeiterin des von der Stadt betriebenen „KunstKaufLaden Tacheles“

Region, 20 Prozent aus Städten wie Stuttgart oder Leipzig. Die Stadt ist zu 20 Prozent am Bruttoerlös der Kunstwerke beteiligt. Brendel hofft, dass Noah Naber und Valerie Ramme mit ihrem Vintage-Laden gegenüber bleiben können. Denn er zieht vor allem junges Publikum an. Der Mietvertrag, den sie mit der Stadt abgeschlossen haben, läuft regulär nach drei Monaten aus. Hanau will die Jungunternehmer aber weiter unterstützen und sucht nach einer Möglichkeit, den Laden in der Innenstadt zu halten. Bei einer langfristigen Laden-Anmietung bietet sie Miet- und Marketingzuschüsse bis zu 10.000 Euro auf 18 Monate an. Noah Naber sagt: „Wir wollen total gern weitermachen. Nur hier im Laden habe ich direkten Kontakt zu den Kunden und es ist so schön, zu sehen, dass ihnen das Einkaufen bei uns Spaß macht.“ Und genau so soll es sein. ☺

FOTOS: Gudrun Mallwitz, Hanau Marketing GmbH

ABFALLWIRTSCHAFT

So klappt die klimaneutrale Abfallsammlung

Die Abfallwirtschaftsbetriebe in Köln sammeln und transportieren ihren eigenen Treibstoff. Aus Bioabfällen wird Biogas. Wie moderne Kreislaufwirtschaft funktionieren kann – ein Praxisbeispiel.

Es ist zumindest ein kleiner Beitrag zur Versorgungsautarkie – in Köln sorgt eine besondere Partnerschaft mit Innovationen für eine intelligente Verknüpfung von Abfall- und Energiewirtschaft. Die AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln, die AVG Kompostierung GmbH, die GVG Rhein-Erft, die REMONDIS Rheinland und die Rhein Energie AG haben sich dafür zusammengetan. Das Ergebnis sind unter anderem klimaneutrale Sammelfahrzeuge für den Biomüll. Sie sammeln die Bioabfälle in den Haushalten. Von dort kommen sie in die Kompostierungsanlage. Ein Teil wird kompostiert, der andere in die benachbarte Vergärungsanlage befördert. In einem Fermenter entsteht durch den Gärprozess Biogas. Mit dem wiederum werden die Müllfahrzeuge dann erneut betankt. Natürlich CO₂-neutral. Was in der Biogasanlage noch übrig bleibt, geht zurück in die Kompostierungsanlage und wird dort zu wertvollem Kompost, unter anderem für die Landwirtschaft.

Ein perfekter Kreislauf, denn viel zu selten entsteht Gas ausschließlich aus Bioabfall. Ein weiterer Nebeneffekt: Die Müllfahrzeuge sind in den Straßen deutlich leiser unterwegs. Das Lauteste sind die



Anfahrtsgeräusche der fast 20 Tonnen schweren Fahrzeuge, ein wichtiger Teil dieser Motorengeräusche wird bei den Fahrzeugen halbiert. Nicht nur frühmorgens ein Segen für die Anwohner.

Gerade bei so großen Fahrzeugen ist die Technik gegenüber einer Elektrofahrzeugflotte klar im Vorteil. Selbst bei einem Stromausfall ist die Versorgungssicherheit auf diese Weise gewährleistet. In Köln habe man nicht auf die Technik von morgen warten wollen, sondern lieber die vorhandene Technologie genutzt, so die Partner des lokalen Projekts. Was vor allem

zu erheblichen Kostenvorteilen und somit niedrigen Preisen für die Verbraucher führt.

CO₂-neutral, kosteneffizient und direkt verfügbar – für Kommune und Bürger ergeben sich somit eine Vielzahl von Vorteilen. Ohne eine Biotonne und eine Vergärungsanlage ginge dieses Konstrukt nicht auf. Konkret beträgt die CO₂-Einsparung pro Jahr rund 2100 Tonnen im Vergleich zu konventionellen Diesel LKW. Der Ausstoß an Feinstaub wird um 95 Prozent gesenkt. „Mit diesem Projekt haben wir modellhaft gezeigt, dass aus der Abfallwirtschaft längst eine

Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft geworden ist, unabhängig davon, ob die Teilnehmer aus dem kommunalen oder privatwirtschaftlichen Bereich stammen, so Andreas Freund, Geschäftsführer der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln.

Weitere Informationen zum kompletten Spektrum der Daseinsvorsorge finden Sie online unter www.remondiskommunen.de



INNENSTADT

WIE BRILON DIE BESUCHERFREQUENZ MISST

Die 27.500-Einwohner-Stadt im Sauerland will herausfinden, wie viele Passanten in welche Richtung unterwegs sind. Oliver Dülme, Geschäftsführer der Brilon Wirtschaft und Tourismusgesellschaft, erläutert im KOMMUNAL-Gastbeitrag, was sich die Kommune davon verspricht.

Brilon im Hochsauerlandkreis NRW, versteht sich als attraktiver Wirtschaftsstandort im Grünen. Eine starke mittelständische Wirtschaft und zahlreiche inhabergeführte Familienunternehmen prägen den Wirtschaftsstandort. Natürlich spielt im Sauerland auch der Tourismus eine wichtige Rolle. Aktuell zählt unsere Stadt etwa 250.000 Übernachtungen in Betrieben mit mehr als zehn Betten. Hinzu kommen noch einmal so viele in kleineren Betrieben wie Ferienwohnungen sowie zahlreiche Tagestouristen. Brilon versteht sich darüber hinaus als die „Einkaufsstadt im östlichen Sauerland“. Rund um das historische Rathaus, erbaut im 13. Jahrhundert, dem Marktplatz und der Fußgängerzone in der Briloner Bahnhofstraße haben sich zumeist kleinere inhabergeführte Einzelhandelsgeschäfte niedergelassen.

Wenige Filialisten ergänzen das Sortiment des Briloner Einzelhandels. Der sehr aktive Briloner Gewerbeverein „Prima Brilon“ richtet im Jahr vier traditionelle verkaufsoffene Sonntage und ein Mitternachtsshopping aus. Diese Events waren und sind Publikumsmagneten und durchaus ein Argument für Einzelhändler, sich mit dem Standort Brilon zu beschäftigen. Doch leider macht die allgemeine Entwicklung auch vor Brilon nicht halt und so ist die Anzahl an Einzelhändlern insgesamt rückläufig. Viele Akteure in Brilon beschäftigen sich mit dem Themenkomplex „Innenstadt“ und haben das Ziel, diese attraktiv zu gestalten.

Die Wirtschaftsförderung und ein heimischer Immobilienmakler besuchten 2019 eine Veranstaltung zum Thema Innenstadt in Dortmund.

» Die Daten sind vor allem im Gespräch mit lokalen Akteuren sehr hilfreich.«

Oliver Dülme, Geschäftsführer der Brilon Wirtschaft und Tourismus GmbH, Wirtschaftsförderer, Vorstandsmitglied im Gewerbeverein



Dort wurden Systeme zur Passantenfrequenzmessung vorgestellt. Da gerade für kleinere Städte wenig belastbare Daten und Statistiken vorliegen, waren wir uns in Absprache mit einem heimischen Kreditinstitut sofort einig, dass es Sinn macht, die Passantenfrequenzen in Brilon an zwei Standorten zu messen und somit ein Argument für die Händlergewinnung von außen zu haben. Gestartet wurde die Messung in Brilon im Dezember 2019.

Wir entschieden uns für einen Anbieter, der 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr die Anzahl der Menschen, die eine gedachte Linie überschreiten, misst. Die an Häuserfassaden angebrachten Laserscanner erzeugen hierfür einen vierfachen Lichtvorhang zur sicheren Passantenfrequenz-Zählung. Damit kann der Zähler nicht nur verschiedene Zonen unterscheiden, sondern auch die Laufrichtungen der Passanten bestimmen. Leider sind die Jahre 2020 und 2021 auf Grund der Coronapandemie keine repräsentativen Jahre. Daraus folgt, dass die bisherigen Ergebnisse sicherlich keine Allgemeingültigkeit besitzen. Dennoch können wir erste wichtige Erkenntnisse gewinnen.

Allgemein kann festgestellt werden, dass auch in der Mittelstadt Brilon der Samstagvormittag die Zeit ist, zu der in der Regel die meisten Menschen die Innenstadt aufsuchen. Die Wochentage sind relativ konstant, wobei am Mittwochvormittag als Markttag und am Freitagnachmittag noch einmal regelmäßig höhere Zahlen festgestellt werden können. Durch Corona sind die Frequenzzahlen natürlich als Folge der Lockdowns zurück gegangen. Es ist bei den alltäglichen Messungen jedoch deutlich



Die Innenstadt Brilon zieht an einem verkaufsoffenen Sonntag viele Besucher an.

erkennbar, dass sofort nach Ende der jeweiligen Lockdowns die Passanten-Zahlen wieder deutlich angestiegen sind und nach wenigen Tagen wieder das vorherige Niveau erreicht haben. Vor allem in den Sommermonaten besuchten viele Menschen die Innenstadt. Hier lässt sich ein klarer Bezug zum Tourismus herstellen, da in dieser Zeit auch die Übernachtungszahlen hoch waren. Ein wichtiges Argument für weitere städtische Investitionen in die Tourismusinfrastruktur.

Konkrete Besucherzahlen bei verkaufsoffenen Sonntagen lagen bisher nicht vor. Bei den Veranstaltungen oder sonstigen Aktionen in der Innenstadt, die in den letzten zwei Jahren durchgeführt werden konnten, konnten die gestiegenen Passanten-Zahlen durch den Vergleich mit Tagen ohne Veranstaltung eindeutig ermittelt werden. Hier erhoffen wir uns in der Zukunft noch eine deutlich bessere Aussagekraft. Natürlich lassen sich auch negative Entwicklungen feststellen. So lagen die Frequenzen in den Monaten Januar und Februar 2022 deutlich unter den bisher gemessenen

Durchschnittszahlen. Doch seit Anfang März ist eine erfreuliche Verbesserung festzustellen.

Die Zahlen sind auch immer hilfreich bei der Diskussion mit Eigentümern, Mietern und der Politik. Vermutungen und subjektive Empfindungen können durch objektive Zahlen belegt oder widerlegt werden. Dadurch, dass in Brilon an zwei Standorten in der Bahnhofstraße gemessen wird, können diese Standorte untereinander verglichen werden. Ein Vergleich über das Betreiberportal mit anderen Städten ist für uns weniger relevant, da wenig Städte in der Größenordnung Brilons dort vertreten sind. Interessanter ist da schon die Erfassung der Laufrichtung und der Verteilung zwischen Kindern und Erwachsenen über die Körpergröße.

Aus Sicht der Stadt Brilon war die Installation einer Passantenfrequenz-Messanlage eine sinnvolle Investition. Erstmals liegen belastbare Zahlen vor, an denen sich Entwicklungen und vermutete Effekte belegen lassen. Vor allem im Gespräch mit städtischen Akteuren sowie Akteuren aus der Innenstadt sind diese Daten sehr hilfreich. **K**

LÄNDLICHER RAUM

EINE PLATTFORM INNOVATIVER KOMMUNEN

Was können ländliche Kommunen tun, um sich weiterzuentwickeln und ihre Attraktivität für potenzielle Einwohner zu steigern? Studenten der Technischen Universität München haben sich dem Thema angenommen. Entstanden ist eine spannende Webseite mit Hilfestellungen aus der Praxis. Im Gastbeitrag erklärt Oliver Valk, einer der Macher, die Hintergründe.

Eine Plattform für ländliche Kommunen mit wirklichem Nutzwert im Alltag. Das war das erklärte Ziel des Forschungsteams. In der ersten Phase haben wir – neben mir war das Oliver Köppel, ebenfalls Masterstudent im Fach Management & Technology – Gespräche mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ländlicher Kommunen in Bayern durchgeführt. Der Kern dieser Gespräche war die Erarbeitung verschiedener Probleme und Herausforderungen, denen die Kommunen in Bezug auf die Weiterentwicklung und auch auf die Steigerung der Attraktivität für bestehende und neue Einwohner begegnen. Dabei standen praxisorientierte Ansätze für eine einfache Umsetzung im Mittelpunkt. Als Ergebnis dieser Gespräche wurde entschieden, eine Sammlung verschiedener, innovativer Ideen zu erstellen, mit denen sich ländliche Kommunen zukunftssicher aufstellen können. Anspruch an diese Ideen war hierbei, dass diese bereits in der Praxis umgesetzt wurden. Hiermit sollte gewährleistet werden, dass die Ansätze in der Praxis funktionieren können, zudem lassen sich anhand der Erfahrungen aus der Praxis Ratschläge für eine erfolgreiche Umsetzung geben. Einige Ideen aus der Sammlung stammen aus dem Europäischen Netzwerk für ländliche Entwicklung und wurden in diesem Zuge auch häufig von Förderprogrammen wie dem Europäischen Landwirt-

Die Forscher haben über 60 innovative Ansätze aus neun Bereichen gesammelt:

- **Mobilität**
- **Arbeiten & Gründen**
- **GESUNDHEIT**
- **Gebäude & Flächen**
- **Digitale Infrastruktur**
- **Vernetzung • Energie**
- **Kinder & Bildung**
- **NAHVERSORGUNG**

schaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums unterstützt. Hierdurch soll Kommunen auch die Möglichkeiten zur Finanzierung der einzelnen Projekte offengelegt werden, insbesondere dann, wenn diese ein größeres Budget erfordern.

Die gesammelten Ideen sind ein Beweis für die innovativen Ansätze in Kommunen. Sie reichen von Rettungs-Apps über Drohnen bis hin zu öffentlichen Gemüsegärten. Damit bilden sie ein weitreichendes Spektrum ab, welche sich in Art, Kosten, Umsetzungsdauer und angestrebter Wirkung wesentlich unterscheiden. Hierdurch sollte gewährleistet werden, dass den Kommunen unabhängig von den angestrebten Zielen und vorhandenen Mitteln interessante Projekte zur Verfügung stehen.

Ein Beispiel aus der Projektsammlung zeigt die App der **Mobilen Retter e.V.** Der Verein hat sich zum Ziel gesetzt, mithilfe einer App die Wartezeit bis zum Eintreffen von Helfern nach dem Absetzen eines Notrufes im Falle eines Herzstillstandes deutlich zu reduzieren. Hierfür werden mit Hilfe von GPS registrierte Helfer im Umkreis des Notrufs benachrichtigt, damit diese helfen und die Zeit bis zum Eintreffen des Rettungswagens überbrücken können. Unabhängig von der Bereitstellung der App unterstützen die Mobilen Retter e.V. Gemeinden auch bei der erfolgreichen Implementierung des Systems.

FOTOS/Adobe Stock, privat



Ein anderes Beispiel hingegen beschreibt die Idee, ungenutzte Flächen auf dem Stadtgelände als öffentliche Gärten zu nutzen. Die Einwohner können diese Flächen nutzen, um gemeinsam Obst und Gemüse zu pflanzen, welches dann auch geerntet werden darf. Die Ergebnisse des Projektes haben gezeigt, dass die Einwohner es geschätzt haben, selbst an der Gestaltung ihrer Gemeindefläche mitwirken zu dürfen. Dieser Effekt kann zudem die Außenwirkung der Kommune positiv beeinflussen.

Alle Projekte stehen nun auf einer interaktiven Webseite zur Verfügung. Damit die Projekte für alle Interessierten einfach zur Verfügung stehen, wurde die Website innovationfuersland.com ins Leben gerufen. Hierfür haben wir, erneut in enger Abstimmung mit Bürgermeisterinnen und

Robin Valk ist Master of Science in Management & Technology an der TU München und Projektleiter in der Entwicklung von Online-Plattformen bei der LVIT GmbH



Bürgermeistern ländlicher Kommunen in Bayern, die Informationen über die einzelnen Projekte in eine feste Struktur gebracht. Hierdurch erhält jedes Projekt auf der Website eine Art Steckbrief, wodurch ein schneller Durstöbern möglich wird.

Für Möglichkeiten zur Interaktion ist auch gesorgt – Verantwortliche von Gemeinden können ihre Erfahrungen zu Projekten auf der Website veröffentlichen. Hierdurch können sich weitere Interessenten inspirieren lassen, oder auch bei Bedarf zu der Gemeinde mit Erfahrung aufnehmen. Zudem ist die Möglichkeit gegeben, neue innovative Ansätze einzureichen, welche dann nach einer Überprüfung in die Datenbank mitaufgenommen werden. 

Das sind die Innovationen fürs Land

Die Technische Universität in München hat eine Toolbox für zukunftssichere Gemeinden zusammengestellt. Konkret hat sie eine Webseite mit Innovationen auf dem Land eingerichtet.

Kommunen können dort ihre Projekte einreichen. Wir stellen Ihnen sechs der eingesandten Ideen in Kurzform vor.

Von CHRISTIAN ERHARDT



Straßenbeleuchtung auf Knopfdruck

- ★ Stromsparen durch intelligente Schaltung der Straßenbeleuchtung
- ★ Weniger Lichtverschmutzung
- ★ Angenehm für Personen, die nachts von Straßenbeleuchtung gestört werden

Ein Steuergerät kostet einmalig 1.500 Euro und kann mehrere Straßenlaternen versorgen. Dazu kommt eine monatliche Gebühr, die sich an der Stromeinsparung orientiert. Bereits installiert ist sie in der 700-Einwohner-Gemeinde Löwenstedt in Schleswig-Holstein. „Die Idee trägt zu Einsparungen im Gemeindehaushalt bei. Das System wird gut angenommen und es ist geplant, den allgemeinen Beleuchtungszeitraum zu kürzen“, so der Bürgermeister von Löwenstedt, Holger Jensen.



Bedarfsorientierter Schulbus

- ★ Schüler checken mit digitaler Chipkarte ein
- ★ Der Bus berechnet automatisch die beste Route
- ★ Kosteneinsparungen und weniger CO₂

Die 12.000-Einwohner-Stadt Olfen im Münsterland hat das Projekt gestartet. Hauptziel: Es sollen nur noch Haltestellen angefahren werden, an denen auch wirklich Schüler aussteigen. Die Heimfahrten sollen damit verkürzt werden. Und auch die Stadt spart nach eigenen Angaben Geld. „Statt 3 Schulbussen setzen wir nachmittags jetzt nur noch 2 Schulbusse ein, 40 Prozent der Nutzkilometer werden eingespart“, so eine Sprecherin der Stadt. Die Kosten für das Projekt lagen bei 15.000 Euro für die Busse, die Verwaltungskosten pro Jahr bei 7.500 Euro.

Mobile Retter

- ★ Schnelle Hilfe bei Notfällen durch Nutzung einer App
- ★ Ersthelfer in der Nähe bekommen eine Benachrichtigung
- ★ Wichtige Überbrückung der Zeit, bis die Notärzte eintreffen



Die Grundidee: Freiwillige in der Nähe werden informiert, sobald jemand einen Notruf absetzt. Sie sind dann meist schneller vor Ort und überbrücken die Zeit, bis ein Notarzt eintrifft. Kommunen können sich an den Verein „Mobile Retter e.V.“ wenden um abzusprechen, welche Maßnahmen sinnvoll sind. Die örtlichen Leitstellen bekommen dann eine Einführung, um das System richtig zu nutzen. Auf Wunsch unterstützt der Verein auch bei Marketingmaßnahmen, um neue Helfer zu finden.

Junge Menschen kaufen alte Häuser

- ★ Unterstützung junger Familien beim Kauf alter Immobilien
- ★ Förderung von Altbaugutachten
- ★ Zusätzliche Boni pro Kind

Die 20.000-Einwohner-Gemeinde Hiddenhausen in Nordrhein-Westfalen hat das Projekt umgesetzt. Andere Kommunen, wie Neumarkt Sankt-Veit und Oerlinghausen haben es bereits übernommen. In Hiddenhausen werden mit dem Förderprogramm junge Familien beim Erwerb einer eigenen Immobilie mit bis zu 9.000 Euro, verteilt auf sechs Jahre, unterstützt. Besondere Förderungen gibt es für energetische Sanierungen und für jedes Kind.



FOTOS / Adobe Stock

Digital-analoger Dorfladen

- ★ Einführung einer Online-Plattform zur Bestellung von Waren
- ★ Lieferung zwei Mal pro Woche ins Dorfgemeinschaftshaus
- ★ Dorfcoaches verteilen die Einkäufe



In Remmesweiler im Saarland hatte im Jahr 2005 der letzte Dorfladen geschlossen. So gründete die Gemeinde eine lokale Bestellplattform. Das Verteilen der Einkäufe wird zum Gemeinschaftserlebnis. Vor der Verteilung der Einkäufe gibt es ein gemeinsames Frühstück als soziales Event. Dorfcoaches helfen vor allem älteren Menschen bei der digitalen Bestellung. Die Projektkosten von 150.000 Euro wurden durch Fördergelder finanziert.

Ehrenamt unterstützen

- ★ Ehrenamtliche übernehmen Tätigkeiten in der Kommune
- ★ Bürger bringen eigene Ideen ein
- ★ Bürger übernehmen Verwaltungstätigkeiten



Bei verschiedenen Projekten in dem Bereich geht es darum, Freiwillige zu aktivieren, die bereit sind, Aufgaben zu übernehmen. Beispiel: Nüsttal in Hessen. Dort ging es darum, die Schließung eines Kindergartens abzuwenden. Bürger entwickelten mit der Gemeinde die Idee, in dem Gebäude sowohl Kindergartenkinder als auch pflegebedürftige ältere Menschen gemeinsam zu betreuen. Mit Fördergeldern wurde das Gebäude umgebaut, Ehrenamtliche helfen heute bei der Betreuung.

ERFAHRUNGSBERICHT

DIE DIGITALE RATSSITZUNG IST WIRKLICHKEIT

In immer mehr Kommunen können sich Ratsmitglieder per Video zuschalten. Aber viele haben noch Sorgen. Die dürften erledigt sein, wenn sie den Bericht der Bürgermeisterin von Hauzenberg gelesen haben. Im KOMMUNAL-Gastbeitrag schildert sie, wie sie in ihrer 12.000-Einwohner-Stadt mit den Ratsmitgliedern die Digitalisierung Wirklichkeit werden ließ.



Die Stadt Hauzenberg nimmt im IT-Bereich und speziell im Segment Hybrid-Sitzungen eine Vorreiterrolle in ganz Bayern ein. Wir verfügen hier über eine findige IT-Abteilung, die jedem und allem absolut aufgeschlossen gegenübersteht. Ohne diese innovative Mannschaft wäre dies grundsätzlich gar nicht möglich. Aufgrund SARS-CoV2 und der Gefahr, an Covid-19 zu erkranken, waren wir als Kommune gezwungen, Ideen und Konzepte zu entwickeln, die es weiterhin ermöglichen, Gemeinderats- und Ausschusssitzungen coronakonform abzuhalten. Eine schwierige Aufgabe, die häufig scheitert an geeigneten Räumlichkeiten, die Abstand, Lüftung, Platzangebot für die anwesenden Mitglieder und die Öffentlichkeit gewährleistet. Sitzungsaufgaben wurden teilweise an kleinere Ausschüsse übertragen, um die laufenden Geschäfte aufrecht zu erhalten. Das war für die Gremiumsmitglieder nicht immer das Gelbe vom Ei. Denn viele Ratsmitglieder waren an wichtigen Entscheidungen plötzlich nicht mehr beteiligt. Gerade für die neu hinzugekommenen Ratsmitglieder war dies besonders schwierig.

Der Bayerische Landtag beschloss im Frühjahr 2021 zur Bewältigung der Corona-Pandemie, die Gemeindeordnung, Landkreisordnung, Bezirksordnung sowie weitere Gesetze zu ändern. Die Änderungen ermöglichten, Sitzungen künftig gemischt im Format Ton-Bild-Übertragung (Art. 47a GO) abzuhalten. Die Geburtsstunde der hybriden Sitzung. Ein Meilenstein in der Digitalisierung von Kommunen. Unsere Verwaltung, insbesondere die IT-Mannschaft, reagierte auf diese

Guhrun Donaubauer,
Bürgermeisterin von
Hauzenberg



Meldung ausgesprochen schnell. Wir stellten diese neue, innovative Möglichkeit, Sitzungen künftig „Hybrid“ zu gestalten, schon wenige Tage nach Inkrafttreten der Satzung in einer Stadtratssitzung vor. Alle Vorteile, die dieses vielversprechende Format bietet, wurden ausführlich dargelegt. Ein Modell für die Zukunft, auch nach dem Ende von Corona. Eine Teilnahme ist auch bei Quarantäne eines Gremiumsmitglieds möglich. Ausfälle durch Dienstreisen oder Urlaub von Mitgliedern fallen weg, denn eine Zuschaltung ist weltweit möglich. Das Gremium kann jederzeit in Vollbesetzung tagen, ein Riesenvorteil, der nicht von der Hand zu weisen ist. Vor dem Hintergrund der fortbestehenden Pandemiesituation und der damaligen Verlängerung des Lockdowns genügte für die Zulassung von Sitzungen im Hybridformat ein Beschluss des Vollgremiums mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder.

Eine große Mehrheit im gesamten Stadtrat fand sich für dieses Modell und so wurde noch in der gleichen Sitzung ganz offiziell der Anstoß für das neue Sitzungsformat mit positivem Beschluss gegeben. Nun musste es schnell gehen mit der Umsetzung. Die IT-Abteilung drückte auf das Tempo, um die nächste Sitzung bereits hybrid anzubieten. Die digitale Aufrüstung des großen Sitzungssaals im Rathaus erfolgte. Geeignete Plattformen für die Sitzungsübertragung wurden gecheckt. Drei neue Kameras installierte die IT in Zusammenarbeit mit dem städtischen Bauhof. Zwei davon sind schwenkbar, damit jedes Ratsmitglied bei Wortmeldung auch entsprechend an

die online zugeschalteten Mitglieder eingeblendet werden können. Eine Kamera ist fest installiert und überträgt den Tisch mit Bürgermeisterin und Verwaltung. So wird gewährleistet, dass jeder immer alles im Blick behalten kann. Die online zugeschalteten Mitglieder werden auf die große Leinwand per Beamer übertragen.

Ein Testlauf erfolgte vier Tage vor der ersten „Hybrid-Sitzung“. Wir alle waren sichtlich nervös, ob denn alles klappt, wie die Qualität von Bild und Ton wohl sein wird, welche Stolpersteine auf uns warten. Aber alles lief reibungslos, es war perfekt. Es gab keine toten Winkel, der große Sitzungssaal konnte komplett eingesehen werden, die Akustik war ausgesprochen gut, die auf Probe zugeschalteten Testpersonen bestätigten dies ohne Wenn und Aber. Auch die Zuschaltung per Handy klappte einwandfrei. Der ersten gemischten Sitzung aus Präsenz und Online stand somit definitiv nichts mehr im Wege.

Dass dies alles überhaupt möglich ist, ist auch einem Digitalisierungsschub, gerade im Bereich Sitzungen und Gremiumsarbeit, zu verdanken.

Mit den Kommunalwahlen im März 2020 zog die Digitalisierung im Hauzenberger Stadtrat ein. Jedem Mitglied stand es nun offen, eine Digitalisierungspauschale zu nutzen, um sich eine entsprechende Hardware zu besorgen, die es ermöglicht, künftig alle Sitzungsunterlagen digital zu nutzen. Das Ratsinformationsportal wurde erweitert und die Geschäftsordnung dazu angepasst. Rund 90 Prozent der Ratsmitglieder zogen mit und stellten auf digital um. Damit war auch gewährleistet, dass die Ratsmitglieder sich mit Tablet, Notebook oder

Handy zuschalten können, denn auch auf der User-Seite muss alles funktionieren.

Der Tag der Wahrheit kam am Montag, 3. Mai 2021. Es war für uns der Triumphzug der Digitalisierung. 15 Ratsmitglieder schalteten sich online zu. Alles war bereit, der Sitzungssaal vorbereitet, die Kameras an, die alles entscheidende Frage an die zugeschalteten Mitglieder: „Könnt ihr uns hören und sehen?“ Die aus Sicht der IT-Mannschaft wichtigste Frage des Abends wurde durchgängig mit ja, alles bestens, beantwortet. Die Sitzung verlief im Anschluss fast ein wenig unspektakulär, fast so, als ob es dieses hybride Format schon viele Jahre geben würde. Keine Probleme, keine Pannen, ein Erfolg auf ganzer Linie. Auch im Nachgang gab es kaum Kritik. Eventuell ein kleines Echo in den Lautsprechern, das schnell behoben ist, und das Schwenken der Kameras kann noch ein wenig optimiert werden. Aber das sind nur Kleinigkeiten und diese sind schnell abzustellen.

Das vom Innenministerium erlaubte Format der Hybrid-Sitzung ist derzeit lediglich bis Ende dieses Jahres vorgesehen. Es sollte beibehalten werden, das ist mein großer Wunsch als Bürgermeisterin von Hauzenberg. In Zeiten von vermehrtem Homeoffice, Digitalisierungsoffensive und Klimawandel ist ein Zurück undenkbar. Mittlerweile haben mehrere Stadtratssitzungen, Bauausschusssitzungen sowie mehrere Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses hybrid stattgefunden. Das Format hat sich etabliert, bei allen Teilnehmern. Einen kleinen Wermutstropfen gibt es jedoch. Ich kann mich bei keiner Sitzung digital zuschalten, meine Anwesenheit als Vorsitzende ist immer Pflicht. ❏

„Es war für uns der Triumphzug der Digitalisierung.“

RECHT AKTUELL

ONLINE-RATSSITZUNG WIRD ZUR PFLICHT

In der Corona-Krise tagten Stadt- und Gemeinderäte immer häufiger auch digital. Schaut man sich die Kommunalverfassungen an, ergibt sich quasi eine Pflicht, dies fortzuführen. Einige rechtliche Aspekte sind aber zu beachten, erklären unsere Gastautoren.



Die Covid-19-Pandemie hat kommunale Gremienarbeit massiv verändert. Die Landesgesetzgeber haben inzwischen nicht nur rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen, um digitale Gremienarbeit auf kommunaler Ebene in Pandemie-Zeiten rechtssicher zu ermöglichen, sondern diskutieren gemeinsam mit kommunalen Spitzenverbänden – in Niedersachsen aktuell sehr kontrovers – darüber, ob Hybridsitzungen dauerhaft zu etablieren sind. Befürworter sehen in Hybridsitzungen die Rettung der schwächelnden lokalen Demokratien, weil sie im veränderten Informationszeitalter Transparenz schaffen und die neuen digitalen und niederschweligen Zugänge Lust auf Kommunalpolitik machen. Gegen die Einführung werden rechtliche und praktische Bedenken angeführt.

Das Verfassungsrecht gibt vor, dass das Öffentlichkeitsprinzip auch im Rahmen von Hybridsitzungen Geltung hat, es zwingt aber nicht zu Präsenzsitzungen lokaler Gremien. Unstrittig ermöglichten die Präsenzsitzungen (Stichwort

Oliver Junk ist Wirtschaftsjurist und war von 2011 bis 2021 Oberbürgermeister von Goslar. Seither arbeitet er als Professor für Verwaltungsrecht mit Schwerpunkt Kommunalrecht an der Hochschule Harz.



„Saalöffentlichkeit“) die Herstellung der notwendigen Öffentlichkeit und sorgten für Transparenz, Kontrolle und Partizipation.

Allerdings hat sich die Gesellschaft hinsichtlich der Beschaffung von Informationen dramatisch schnell verändert. Technische Neuerungen führten dazu, dass neue Kommunikationsstrukturen entstanden sind. Darüber hinaus haben sich durch soziale Netzwerke neue Möglichkeiten zur Informationsgewinnung und Informationsverarbeitung entwickelt, die insbesondere von jungen Menschen genutzt werden.

Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung nimmt die Möglichkeit wahr, an einer Präsenzsitzung der Vertretung unmittelbar teilzunehmen. Die klassische Lokalzeitung, die umfangreich über Sitzungen der Ortsräte, der Gemeinde- und Stadträte sowie der Kreisräte berichtet, ist heute kaum noch präsent. Ferner bleibt kritisch zu konstatieren, dass sie immer nur für eine mittelbare Information der Bevölkerung sorgt, die zudem durch subjektive Auswahl und Begrenzung der präsentierten Inhalte gekennzeichnet ist.

Daraus folgen neue Notwendigkeiten für Transparenz und öffentliche Kontrolle und sie müssen den neuen Möglichkeiten folgen. Dem Öffentlichkeitsgebot von kommunalen Gremiensitzungen kommt eine derart zentrale Rolle zu, dass dem veränderten Informations- und Kommunikationsverhalten Rechnung getragen werden muss.

Dem steht das Verfassungsrecht nicht entgegen. Im Hinblick auf Ausgestaltung und Form ist das Öffentlichkeitsprinzip nicht bis ins kleinste Detail festgeschrieben, sondern durchaus für Modifikationen und Interpretationen zugänglich. Deshalb ist die Hybridsitzung die notwendige Antwort auf eine sich gesellschaftlich wie technisch wandelnde Öffentlichkeit. Die Interpretation des Öffentlichkeitsprinzips darf sich gerade verändern und weiterentwickeln.

Einschränkend ist festzuhalten, dass das Öffentlichkeitsprinzip mehr verlangt als den reinen (digitalen) Zugang zu einer Sitzung. Vielmehr muss der kollektive und dynamische Meinungs-, Willensbildungs-, Beratungs- und Entscheidungsfindungs-

Arkadiusz Szczesniak ist Verwaltungsfachwirt und war seit 2013 in der Stadt Goslar für kommunalrechtliche Grundsatzangelegenheiten zuständig. Seit März ist er Leiter des Ordnungs- und Standesamtes der Samtgemeinde Papenteich.



prozess der Vertretung durchsichtig, verfolgbar und erlebbar sein.

Die Hybridsitzung schafft zunächst eine der Präsenzsitzung vergleichbare Situation und sie gewährleistet den Zugang zur Sitzung für Jedermann. Die Sitzungsform stellt aber das Öffentlichkeitsprinzip nicht per se sicher. Es sind vielmehr Anforderungen an die Durchführung zu stellen. Es ist nicht ausreichend, dass die Wahrnehmung der Öffentlichkeit auf den Bildausschnitt eines einzelnen Abgeordneten, etwa des Redners, beschränkt ist. Reine Audiokonferenzen stellen deshalb einen Verstoß gegen das Öffentlichkeitsprinzip dar. Sie kommen der Präsenzsitzung deshalb nicht nahe, weil Mimik und Gestik nicht übertragen und somit nicht wahrnehmbar werden. Soll die Hybridsitzung als rechtmäßige Verfahrensform anerkannt werden, darf sie sich daher in der Praxis nicht als Audiokonferenz darstellen, sich gleichsam nur als Hybridsitzung tarnen.

Um dem Öffentlichkeitsprinzip gerecht zu werden, wird deshalb ein „Sichtbarkeitsprinzip“ bei Hybridsitzungen notwendig. Alle digital zugeschalteten Abgeordneten müssen auf einer Leinwand oder einem Bildschirm im Sitzungsraum permanent – und nicht nur bei den eigenen Redebeiträgen – sichtbar sein. Sie dürfen sich nicht hinter der schwarzen Kachel verstecken. Diese stellt – wie auch das eingefrorene Standbild – einen Verstoß gegen die zwingenden Vorgaben des Öffentlichkeitsprinzips dar.

Die Diskussionen darüber, ob Hybridsitzungen auf kommunaler Ebene dauerhaft zu etablieren sind, sollten endlich der Vergangenheit angehören. Aus der veränderten Öffentlichkeit folgt vielmehr die Pflicht. Nur so kann dem Öffentlichkeitsprinzip heute Rechnung getragen werden. Es gibt inzwischen zu viele Menschen, die sich ausschließlich über soziale Netzwerke und das Internet informieren. Hybridsitzungen sind nicht „nice to have“, sondern ein „must have“; nicht Kür, sondern Pflicht. 

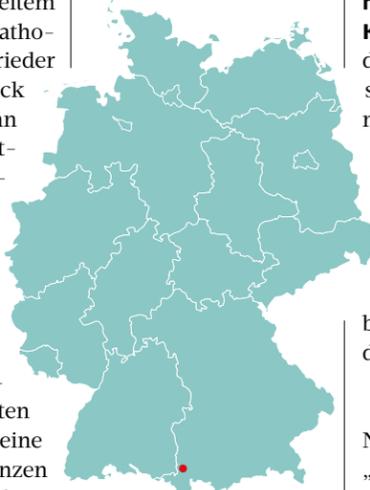
KLIMASCHUTZ

OHNE PUTINS GAS GUT VERSORGT

Das kleine Wildpoldsried im Allgäu erzeugt achtmal so viel Energie wie es verbraucht – und ist damit schon jetzt unabhängig von Russland. Das Erfolgsrezept der Energiegemeinde: Alles Engagement im Ort ist miteinander verzahnt, auch die Bürger und Vereine profitieren von den Windrädern.

Von GUDRUN MALLWITZ

Wiesen und sanfte Hügel umschmiegen das Dorf, und wie es sich für eine echte Landidylle gehört, grast das Jungvieh auf der Weide. In den Himmel ragen Windräder. Sie sind höher und von weitem sichtbarer als der Turm der altherwürdigen katholischen Pfarrkirche. Die meisten Wildpoldsrieder stört das nicht. Sie haben sich an den Anblick der flügel-schlagenden Riesen gewöhnt. Denn die andernorts stark umstrittenen Windkraftanlagen sind nicht wegzudenken aus der Philosophie, nach der das Dorf im Oberallgäu seit vielen Jahren lebt: Ökologie und Ökonomie mit regionaler Wertschöpfung zu verbinden. Dass die Energiewende mit einer hundertprozentigen Klimaneutralität auf diesem schönen Fleckchen Erde schon geglückt ist, macht **Wildpoldsried** zur kleinen Berühmtheit. Mehr als 800 Besuchergruppen machten sich in den vergangenen Jahren auf in die kleine innovative Gemeinde, Interessierte aus der ganzen Welt wollen wissen, wie kommunaler Klimaschutz gelingen kann. Darunter waren Gäste aus der Bundes- und Landesregierung und viele Bürgermeister und Gemeinderäte aus allen Teilen Deutschlands.



Seitdem der russische Präsident Wladimir Putin den verheerenden Krieg gegen die Ukraine begonnen hat, richtet sich die Aufmerksamkeit noch stärker als bisher auf die Vorreiter-Energie-Kommune ganz im Süden Deutschlands. Denn die Wildpoldsrieder erzeugen schon jetzt achtmal so viel Strom als sie selbst benötigen, allein mit den neun Bürgerwindkraftanlagen sparen sie mehr klimaschädliches Co2 ein, als alle 2.600 Einwohner der Gemeinde verbrauchen.

Die Wärme bekommt das Dorf ebenfalls zum überwiegenden Teil durch erneuerbare Energien – über Holzpellets, Scheitholz, Biogasabwärme und über Wärmepumpen. Das bayerische „Lederhosen und Laptop-Motto“, in dem Allgäu-Ort wird es tatsächlich gelebt: Moderne und Tradition – hier findet beides seinen Platz. In Wildpoldsried hat die Dorf-Idylle auch noch Nachhaltigkeits-Charakter.

„Unsere Bürger sind stolz darauf, nicht auf Energieimporte angewiesen zu sein“, sagt Bürgermeisterin Renate Deniffel. Sie hofft, dass der Ukraine-Krieg und Deutschlands erschreckende langjährige Abhängigkeit von russischem Gas die große Poli-

tik umdenken lässt. „Auch die Politiker wachen jetzt auf“, beobachtet sie. Ihrer Ansicht nach ist es höchste Zeit, die überzogenen Barrieren in den Genehmigungsverfahren zu senken. Dabei findet die Bürgermeisterin deutliche Worte: „Es darf nicht wichtiger sein, einzelne Vögel zu schützen, als sich von unberechenbaren Menschen wie Putin oder von Ölscheichs unabhängig zu machen.“ Die Kommunalpolitikerin fordert: „Bundes- und Landesregierung müssen endlich unsinnige Hürden beseitigen, damit die Energiewende gelingen kann.“ Dazu gehört für sie neben dem Naturschutz auch die umstrittene bayerische 10-H-Regel. Die Vorschrift besagt seit 2014, dass zwischen Windrad und Wohnbebauung ein Abstand eingehalten werden muss, der das Zehnfache der Höhe des Windrads beträgt. Doch auch andere Hemmnisse halten Wildpoldsried davon ab, noch mehr Windenergie zu erzeugen.

Renate Deniffel ist seit etwa zwei Jahren Bürgermeisterin. Im März 2020 wurde die Kreis- und Bezirksrätin mit 91 Prozent in das neue Amt gewählt. Ein großer Vertrauens-

FOTOS/ Gemeindefotograf Wildpoldsried

»
Unsere Bürger sind stolz darauf, nicht auf Energieimporte angewiesen zu sein.

Renate Deniffel, Bürgermeisterin von Wildpoldsried



vorschuss, der zeigt, dass der von ihr unterstützte Nachhaltigkeitskurs bei den Wählern ankommt. Angeschoben haben ihn andere: „Wildpoldsried wäre nicht das, was es heute ist, ohne unsere zwei Visionäre und Macher“, sagt die Bürgermeisterin. Der eine ist ihr Amtsvorgänger Arno Zengerle, der andere Land- und Energiewirt Wendelin Einsiedler. Die beiden hatten sich schon in der Jungen Union umweltpolitisch engagiert – und es war klar für sie, dass sie ihre leidenschaftlich verfolgten Ziele mit regenerativen Energien in ihrem Heimatort verwirklichen wollten.

Energiewirt Einsiedler plante Anfang der 1990er-Jahre die ersten Windkraftanlagen. Die Bürger konnten sich von Anfang daran beteiligen und von den Erlösen profitieren. Dazu wurde eine GmbH & Co.KG gegründet. Anfangs beteiligten sich die Bürger nur zögerlich. In der ersten Kommanditgesellschaft für zwei Windräder machten 30 Bürger mit, in der zuletzt gegründeten Gesellschaft waren es schon über 300. Das Interesse wurde immer größer. „Bei den zuletzt aufgestellten Anlagen mussten die Einlagen der Kommanditisten auf 5.000 Euro gedeckelt werden, damit alle interessierten Bürger zum Zuge kamen“, erzählt die Bürgermeisterin. „Inzwischen haben wir 900 Gesellschafter, die an den neun Windkraftanlagen und an den zwei interkommunalen Anlagen und damit auch an den Einnahmen beteiligt sind.“ Der finanzielle Anreiz bei immer weiter steigenden Strompreisen sei wichtig neben dem „guten Gefühl, unseren Enkeln gegenüber ein Stück Welt gerettet zu haben“, sagt Renate Deniffel.

Damit alle an einen Strang ziehen konnten, waren die Wildpoldsrieder früh beteiligt worden – bei Informationsveranstaltungen zur Bürgerwindkraft, aber dann auch über Umfragen. „So was geht nicht von heute auf morgen“, sagt der Erneuerbare-Energie-Pionier Wendelin Einsiedler. „Man muss den Bürgern schon Wissen um die Anlagen vermitteln.“ Das Modell der Bürgerwindkraftanlagen hat sich sichtlich bewährt. „Die Leute stehen anders dazu, als wenn Investoren gekommen wären und einfach nur unseren Höhenzug verbaut hätten“, betont die Bürgermeisterin.

Die 830 Prozent Strom, die Wildpoldsried aus den regenerativen Energien erzeugt, verdankt die Gemeinde auch ihren 300 Photovoltaikanlagen. Die Kommune selbst hat die Dächer ihrer Gebäude schon seit fast 20 Jahren mit PV belegt. Hauptsächlich aber sind es die Bürger und Landwirte, die so zu Stromerzeugern werden. „Bei den



»
Es darf nicht wichtiger sein, einzelne Vögel zu schützen als sich von unberechenbaren Menschen wie Putin unabhängig zu machen.“

Renate Deniffel,
Bürgermeisterin



älteren Anlagen wird der Strom noch komplett ins allgemeine Stromnetz eingespeist“, erläutert die Bürgermeisterin. Den Strom der jüngeren Anlagen hingegen verbrauchen die Hausbesitzer meist selbst oder speichern ihn zusätzlich in einer „Sonnenbatterie“. Auch die Pumpen der Trinkwasserversorgung und Kläranlagen werden mit Strom von der Sonne betrieben.

Die Gemeinde bot ihren Bürgern zwischen 2002 und 2009 einen ganz besonderen Service: Nämlich eine Einkaufssammelaktion, die den Einkauf für den Einzelnen günstiger macht. Wie das funktionierte? „Die Bürger meldeten sich für die Einkaufsaktion an, ein Planer vor Ort beriet die Interessierten. Dann kaufen wir für alle ein.“ Mittlerweile benötigten die Wildpoldsrieder dabei keine Unterstützung mehr. Die Gemeinde bot den Bürgern auch an, die Heizungspumpen auszutauschen. Teilweise betreuen die Vereine die PV-Anlagen. Als Gegenzug bekommen sie die Erlöse, die einzelne Dächer bringen, für ihre Vereinsarbeit. Eins verschweigt die Bürgermeisterin nicht. Ganz unabhängig von den Stromnetzen ist auch Wildpoldsried nicht. Denn es hat noch kein eigenes Stromnetz, sondern nutzt öffentliche Stromnetze vom Überlandwerk. „Trotzdem erreichen wir, 100 Prozent klimaneutral zu sein.“ Putins Gas braucht die Gemeinde aber nicht.

Und wie stemmen die Wildpoldsrieder die Wärmeversorgung? Schon 2005 wurde das Nahwärmenetz im Ortszentrum gebaut. Elf Ölheizungen in öffentlichen und kirchlichen Gebäuden verschwanden. Stattdessen wurde nun mit Holzpellets geheizt. Inzwischen sind 80 Häuser angeschlossen. Seit 2009 wird Abwärme aus Biogas genutzt. Energie-Pionier Wendelin Einsiedler verlegte auf eigene Kosten eine 4 Kilometer lange Gasleitung von seinem Hof außerhalb des Dorfes in die Ortsmitte- und speist seither

die Abwärme ins kommunale Nahwärmenetz ein. Auch das Gewerbegebiet wird so inzwischen komplett damit versorgt. Die Heizzentrale befindet sich im Haus der früheren Raiffeisenbank und heutigem Energie-Hotel, das zum Ökologischen Bildungszentrum gehört.

Schon im Kindergarten lernen die Kinder, wie sie Energie sparen können. Seit vier Jahren führt die Gemeinde auch Ausbildungskurse im Rahmen des „Marshallplans mit Afrika“ im Ökologischen Bildungszentrum durch. Ausbilder in berufsbildenden Schulen bringen afrikanischen Kollegen alles zum Thema Photovoltaik bei. Bei einer Führung durch das mit Preisen mehrfach ausgezeichnete Wildpoldsried erfahren die Gäste auch, dass die Straßenbeleuchtung längst auf LED umgestellt ist und die Gemeinde stark auf E-Mobilität setzt. Vor den örtlichen Betrieben gibt es immer mehr Ladestationen, demnächst sollen eine Mitfahrplattform und Car-Sharing angeboten werden. Expertise ist hier in großem Maße vorhanden. „Unter unseren 14 Gemeinderäten haben wir vier echte Energieexperten“, sagt Renate Deniffel. Ihr Amtsvorgänger engagiert sich auch weiter. „Ein solches Projekt gelingt nur, wenn alle ihre Ideen einbringen und das Dorf zusammenhält“, beschreibt die Bürgermeisterin das Erfolgskonzept von Wildpoldsried. ☘

FOTOS: Gemeinde Wildpoldsried

VERKEHRSWENDE

MOBILITÄTSHUBS BRINGEN VIELFALT IN DIE FLÄCHE

Was die Mobilitätsstation am U-Bahnhof „Münchner Freiheit“ verheißt, das bietet sie auch: die Freiheit nämlich, so mobil zu sein, wie es gerade passt und sinnvoll ist. Straßenbahn, U-Bahn und Bus halten hier, es gibt Bike & Ride-Stellplätze, Park & Ride-Parkplätze sowie eine Ladesäule, Carsharing-Autos, Taxen und Mieträder. Eine Einladung an alle Schwabingerinnen und Schwabinger, aufs Auto zu verzichten. Genau das ist auch das Ziel, mit dem der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund die Mobilitätsstationen eingerichtet hat. Insgesamt 17 gibt es in der ganzen Stadt.



Was in München und einigen anderen Metropolen bereits funktioniert, könnte in suburbanen und ländlichen Regionen sogar noch mehr Nutzen stiften und zu einem Anker der Verkehrswende werden, meinen Mobilitäts-Experten. Die ideale Voraussetzung wären konzentrierte und dicht getaktete Linienverkehre auf Straße und Schiene sowie On Demand-Verkehre als Zubringer, die in Mobilitätshubs miteinander verknüpft sind. Mit weiteren Angeboten wie etwa Carsharing, Ladesäulen, Radabstellplätzen, E-Scooter- und Bikesharing entstünde ein für

Mobilitätsdienstleister wie auch für die Fahrgäste gleichermaßen attraktiver Knotenpunkt. Zugleich würde das dichte und vielfältige Mobilitätsangebot auch in den Randlagen der Großstädte und in ländlichen Regionen eine Alternative zum Auto bieten, sie als Wohnorte und Lebensräume aufwerten.

Nach Ansicht von Dr. Thomas Huber, Leiter Innovative Verkehrskonzepte bei DB Regio Bus, braucht es nicht viel, um Mobilitätshubs Wirklichkeit werden zu lassen. Formelle Organisationsformen oder Betreibermodelle hält er nicht für notwendig. Wichtig sei dagegen ein engagiertes

Netzwerk, das sich für die Idee stark macht. „In der Schlüsselposition sind dabei die Kommunen und Landkreise“, erläutert Huber. „Sie spielen eine entscheidende Rolle beim Ermöglichen notwendiger Infrastruktur und können am ehesten die Mobilitätsanbieter orchestrieren.“

Huber empfiehlt, Mobilitätshubs in ein Verkehrskonzept einzubetten. Um die richtigen Standorte auszuwählen und die passenden Angebote zu machen, müssten das Mobilitätsverhalten, die Gewohnheiten und Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer im Mittelpunkt stehen. Ein gemeinsames

Marketing biete dem Netzwerk der Akteure zudem die Chance, Mobilitätshubs zu einem Schaufenster der Verkehrswende werden zu lassen. Auf einer solchen Grundlage seien dann auch die Erfolgsaussichten bei Förderanträgen gut, sagt Huber. Mobilitätshubs passten als eigenes Projekt oder als Baustein anderer Projekte grundsätzlich in viele Förderzusammenhänge. „Es lohnt sich, gemeinsam darüber nachzudenken.“

Der Bereich Innovative Verkehrskonzepte von DB Regio Bus berät Sie gern.

Ihr Ansprechpartner:
Thomas.Ta.Huber@deutschebahn.com

FRIEDENSPOLITIK

DAS KOMMUNALE EUROPA STÄRKEN

Deutsche Partnerstädte übernehmen viel Verantwortung. Besonders deutlich zeigt sich das in diesen Tagen in der Hilfe für die Ukraine. Ein vereintes Europa geht nur mit den Kommunen.



Von BENJAMIN LASSIWE

Die Menschen in Pullach erleben den Krieg in der Ukraine seit Wochen hautnah mit. Denn der Kreis Baryschiwka und die kreisfreie Stadt Beresan liegen in der Ukraine, sind die Partnerstadt und der Partnerkreis von Pullach. Eine Region nur einige Kilometer östlich von Kiew, seit Ende Februar steht sie unter Dauerbeschuss durch Raketen und Bomben. Und in Pullach im Isartal, einer gut 9.000 Einwohner zählenden Gemeinde südlich von München, saßen die Menschen entsetzt vor den Fernsehern. Seit mehr als 30 Jahren gibt es die lebendige Städtepartnerschaft zwischen der Kommune in Bayern und dem Landkreis und der kreisfreien Stadt in der Ukraine.

„Wir sind seit 1990 im stetigen Kontakt“, berichtet die Pullacher Bürgermeisterin Susanna Tausendfreund. Jahr für Jahr kamen 20 Kinder aus der Ukraine zu Besuch nach Pullach. Die Sportvereine pflegen Partnerschaften, die Feuerwehr unterstützte die ukrainischen Kameraden mit gebrauchten Fahrzeugen. Zwischen den örtlichen Schulen gab es einen Lehreraustausch und Schülerprojekte. Die Krankenhäuser der Region erhielten Unterstützung aus Pullach und Ärzte aus der Ukraine wurden im Isartal in neue medizinische Gerätschaften eingewiesen. „Ich habe selbst zwei gebrauchte Krankenwagen aus Deutschland dorthin gefahren“, erinnert sich Tausendfreund. Zwischen den Menschen

„Kommunale Partnerschaften tragen zum Weltfrieden bei.“

Susanna Tausendfreund, Bürgermeisterin in Pullach

in Bayern und jenen in der Ukraine entstanden Freundschaften: „Wir waren eigentlich immer privat untergebracht“, sagt die Bürgermeisterin. „Man lernte sich kennen und schätzen.“

Und dann kam der verhängnisvolle 24. Februar 2022. Der Tag, an dem Russlands Präsident Wladimir Putin die Ukraine überfiel. Seitdem glühen die Telefondrähte zwischen Pullach, Baryschiwka und Beresan. „Wir haben sofort gefragt: Was könnt Ihr brauchen, wie können wir Euch helfen“, sagt Tausendfreund. Noch in den ersten Kriegstagen machten sich Menschen aus Pullach auf den Weg. „Wir haben Hilfsgüter hintransportiert: Unsere Feuerwehrler sind mit zwei gebrauchten Krankenwagen zur polnisch-ukrainischen Grenze gefahren.“ Die Fahrzeuge waren mit Medikamenten vollgeladen, mit moderner Technik ausgestattet, dazu fuhr ein weiterer Feuerwehr-LKW mit Verbandsmaterial, Lebensmitteln und warmer Kleidung zur Außengrenze der Europäischen Union. Dort übernahmen dann Kameraden aus der Partnergemeinde Fahrzeuge und Fracht.

Das alles freilich hört man in diesen Tagen tausende Male in Deutschland. Wohl in jeder Kommune, in der es irgendwelche Kontakte in die Ukraine gibt, werden Geld- und Sachspenden gesammelt und zur Grenze gefahren. Was die Pullacher Partnerschaft mit Baryschiwka und Beresan auszeich-

FOTOS/ Adobe Stock

net, ist etwas anderes: Einwohner der ukrainischen Partnergemeinden, die sich auf die Flucht vor dem Krieg begeben, kommen gezielt nach Pullach. Mittlerweile sind knapp 80 Menschen aus den Partnergemeinden im Isartal angekommen. „Bei mir wohnen zwei Mütter mit ihren Töchtern, die ich schon lange kenne und bei denen ich in der Ukraine selbst übernachtet habe“, sagt Tausendfreund. „Da war völlig klar: Wenn die die Flucht schaffen, kommen sie natürlich zu mir.“

Eine der Frauen hat in ihrer ukrainischen Heimat als Deutschlehrerin gearbeitet. „Sie ist in Kontakt mit den Menschen aus den Partnergemeinden, die sich auf den Weg gemacht haben“, sagt Tausendfreund. „Wir wissen, wann wer wo ankommt, können die Menschen abholen und gezielt bei uns in Pullach unterbringen.“ Warum sich die Gemeinde derartig engagiert? „Es ist doch gerade Sinn und



Zweck der Partnerschaft, dass wir gegenseitigen Austausch und Unterstützung haben“, sagt Tausendfreund. „Jetzt ist in der Ukraine der Ernstfall eingetreten – da zeigen wir, dass wir uns aufeinander verlassen können.“ Die Bürgermeisterin aus Bayern jedenfalls ist überzeugt: „Je mehr Partnerschaften wir auf der kommunalen Ebene haben, umso mehr kann man zum Frieden und zur Einheit in Europa beitragen, weil man einfach die andern Menschen kennt.“ Kommunale Partnerschaften „tragen zum Weltfrieden bei“, ist die Bürgermeisterin überzeugt.

Ganz ähnlich würde das wohl auch Heiner Klemp sagen. Der Landtagsabgeordnete aus Brandenburg ist Mitglied in einem der wichtigsten kommunalen Gremien Europas: Dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas. Dem unter der Ägide des Europarats 1957 in Straßburg gegründeten Gremi-

SONDERVERÖFFENTLICHUNG 

Riesiger Mehraufwand durch Umsatzsteuer: SO KÖNNEN SICH KOMMUNEN VORBEREITEN

Noch etwa ein halbes Jahr haben die Kommunen Zeit: Spätestens ab 1. Januar 2023 müssen alle Kommunalverwaltungen die neuen Regelungen der Umsatzsteuer (§2b UstG) umsetzen.

Ein großes Problem dabei: Es gibt unzählige Fragen. Die kommunalen Leistungen sind vielfältig. In den Finanzbereichen müssen die Verwaltungsmitarbeiter verstehen, welche Leistungen durch die neuen Vorschriften umsatzsteuerpflichtig werden und welche nicht. Jeder Fall muss neu bewertet werden. Eine Mammutaufgabe.

Um für die neue Herausforderung gewappnet zu sein, muss die kommunale Ebene ihre Mitarbeiter dringend vorbereiten. Dafür hat WTT CampusONE, ein Spezialist für kommunale Weiterbildung, eine digitale Schulung in Kooperation mit dem internationalen Wirtschaftsprüfer KPMG erstellt. Alle Inhalte wurden von den Steuer-Experten der KPMG genauestens geprüft. Mit dieser Schulung lernen Verwaltungsmitarbeiter, wie sie mit der neuen Umsatzsteuerpflicht umgehen müssen.

Eine digitale, sofort einsetzbare Lernplattform wird direkt mitgeliefert. Über die Plattform können Mitarbeiter, egal ob im



Büro oder im Home-Office, auf diese und viele weitere Schulungen zugreifen. So können sich die Kommunen in kürzester Zeit bestmöglich vorbereiten.

WTT CampusONE
Spezialist für digitale Schulungen
in Kommunalverwaltungen



ne zu unterstützen.“ Damit sende man ein starkes Signal der Solidarität und zeige, dass der Europarat geschlossen hinter der Ukraine und den ukrainischen Städten und Gemeinden stehe.

Vor allem aber zeigen solche Initiativen eines: Europa lebt an der Basis von seinen Städten und Gemeinden. Oder, wie es der frühere Präsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, der Oberbürgermeister von Karlsruhe, Frank Mentrup, anlässlich seiner Verabschiedung im Februar sagte: "Die Städte, Kreise und Gemeinden sind die Ebene, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten ist: Als Fundament der Demokratie wird es eine erfolgreiche Zukunft für Europa nur dann geben, wenn die Kommunen bei allen europäischen Vorhaben, die sie betreffen, substantiell eingebunden sind." Und in der Hilfe für die Ukraine zeigt sich beispielhaft, wie leistungsfähig Kommunen sein können, wenn sie erfolgreich über Landesgrenzen hinweg kooperieren. 

um gehören über 300 Delegierte aus allen 47 Mitgliedsstaaten des Europarats an. „Es sind alle Länder Europas Mitglied im Europarat – außer Belarus, das es noch nie war, und Russland, das der Europarat kürzlich ausgeschlossen hat“, sagte Klemp. Für den Abgeordneten ist der Kongress ein Gremium, das den europäischen Gedanken auf der Ebene der Kommunen und Regionen sichtbar werden lässt. „Europa wird hier besonders stark spürbar“, sagt Klemp. Was das konkret heißt? Auch Klemp erläutert es an Hand der unterschiedlichen Reaktionen auf den Ukraine-Konflikt. So unterstützt der Kongress etwa die „Schneeflocke“-Aktion österreichischer Bürgermeister: Stadtoberhäupter, die eine russische Partnergemeinde haben, sollen dorthin schreiben und ihre Verärgerung über den Angriffskrieg in der Ukraine zum Ausdruck bringen. Mit Hilfe des Kongresses wird die Aktion in ganz Europa bekannt. „Auch mein eigener Bürgermeister in Brandenburg wird sich nun daran beteiligen.“

Oder eine Initiative, die die deutsche Delegation mit nach Straßburg brachte: Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters von Sindelfingen, Bernd Vöhringer, und unter der Schirmherrschaft des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas entstand die Plattform Cities4Cities, auf der Städte aus ganz Europa ihr Know-How und ihre Hilfsangebote vernetzen können. „Bürgermeister,

 Die Vernetzung der Städte wird es uns erleichtern, **die Kollegen in der Ukraine zu unterstützen.**

Bernd Vöhringer,
Oberbürgermeister von
Sindelfingen

Kommunal- und Regionalpolitiker sind die ersten Ansprechpartner für die Bürger, insbesondere in Kriegs- und Krisenzeiten“, sagt Vöhringer. Die Berichte der ukrainischen Delegation im Kongress – einer der ukrainischen Bürgermeister war Klemp zufolge sogar per Videokonferenz aus einem Luftschutzkeller zugeschaltet –, aber auch die Berichte aus der Sindelfinger Partnerstadt Chelm hätten klar gemacht, dass ein Bedarf an Koordination und Aktion auf lokaler Ebene bestehe.

„So entstand die Idee, unter der Schirmherrschaft des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas, eine Plattform ins Leben zu rufen, um ukrainische und andere europäische Städte zusammenzubringen“, sagt Vöhringer. Da der Kongress der Gemeinden und Regionen selbst so eine Plattform aber nicht betreiben kann, habe die Stadt Sindelfingen dies erarbeiten lassen. Die Plattform „Cities4Cities“ soll ein Ort für einen unkomplizierten Austausch mit Bürgermeistern aus der Ukraine sein, um diesen schnellstmöglich und vor allem bedarfsgerecht Hilfe zukommen zu lassen. „Dies kann eine Lebensmittellieferung, oder auch einfach ein Austausch zum Wissenstransfer sein“, sagt Vöhringer. „Die Vernetzung ukrainischer Städte mit anderen Städten in Europa über die Plattform wird es uns erleichtern, unsere Kollegen in der Ukrai-

FOTOS/ Adobe Stock

ANZEIGE

wirtschaftlich, flexibel und seriell

Wohngebäude mit System

ZUKUNFTSFORSCHER

IN ZUKUNFT MACHEN DIE STÄDTE EUROPA

„Das 19. Jahrhundert war das Zeitalter der Weltreiche, das 20. Jahrhundert das Zeitalter der Nationalstaaten und das 21. Jahrhundert wird das Zeitalter der Städte sein.“ Dieses Zitat des früheren Bürgermeisters von Denver ist aktueller denn je, sagt Zukunftsforscher Daniel Dettling.



Städte sind die Staaten von morgen. Global wohnen immer mehr Menschen in Städten und machen sie zu den mächtigsten Orten und Problemlösern einer globalisierten Welt. Weltweit leben bald 80 Prozent der Bevölkerung in Städten und urbanen Ballungsgebieten. Die Städte der Welt vernetzen sich und werden zum neuen globalen Player. Ihre neue Macht entscheidet über die zentralen Herausforderungen unserer Zeit: Klima, Integration, Sicherheit und Freiheit. Und auch über die Zukunft Europas. Putins Krieg gegen die Ukraine richtet sich vor allem gegen die Städte. Die jüngsten Bilder aus Butscha bei Kiew und anderen Städten belegen dies auf brutale Art und Weise. Der Historiker Karl Schlögel spricht von „Urbizid“. Der Krieg gegen die ukrainischen Städte und ihre Bürger gilt der europäischen Idee der Stadt.

„Wenn Bürgermeister die Welt regierten, wären viele globale Probleme längst gelöst“, schrieb der im letzten Jahr verstorbene US-amerikanische Professor für Zivilgesellschaft Benjamin Barber in seinem letzten Buch. Städte, so Barber, reagieren schneller, konkreter und bürgernäher auf Krisen und Herausforderungen wie Klimawandel, Inte-



Der Jurist und promovierte Verwaltungswissenschaftler Daniel Dettling gründete das Institut für Zukunftspolitik und leitet das Berliner Büro des Zukunftsinstituts.

gration, Sicherheit oder Mobilität. Barber gründete das „Global Parliament of Mayors“, das globale Parlament der Bürgermeister. Über 60 Städte und Netzwerke sind dort vertreten. Aktueller Vorsitzender ist der Mannheimer Oberbürgermeister Peter Kurz. Zentraler Auslöser der Weltbürgermeister war die gemeinsame Erkenntnis: Stadtpolitik ist effektiver und zukunftsorientierter als nationale Politik. Städte sind motivierter, globale Probleme zu lösen, weil sie schneller ihr Opfer werden können. So zum Beispiel bei der Bekämpfung des Klimawandels. 80 Prozent der CO₂-Emissionen kommen aus den Städten. 90 Prozent der Städte weltweit liegen am Meer, einem See oder Fluss. Für immer mehr Städte ist die schlechte Luftqualität das größte Umwelt- und Gesundheitsrisiko. Die Bürgermeister von London, Paris, Los Angeles, Kopenhagen, Barcelona, Mexico-Stadt und Mailand haben sich daher dazu verpflichtet, ab 2025 nur noch Elektrobusse zu kaufen. Bis 2030 wollen sie weitgehend emissionsfrei sein.

Was für den Klimawandel gilt, gilt auch für den Krieg. Städte führen keine Krie-

ge untereinander. Städte können Kriege weder erklären, noch beenden, weil sie nicht souverän sind. Ihre „Abwesenheit von Souveränität“ hat Benjamin Barber als den zentralen Grund ihrer Problemlösungsfähigkeit beschrieben. Ihr „Mangel an formeller Macht eröffne ihnen Möglichkeiten des Netzwerkens“. Auf diese Möglichkeiten wird es in Zukunft mehr denn je ankommen. In den 27 Mitgliedsländern der EU gibt es fast 100.000 Gemeinden. Etwa 20.000 von ihnen, jede fünfte, hat eine Städtepartnerschaft. Die Mehrheit wurde nach 1945 zwischen Deutschland, Frankreich, England und Polen gegründet. Nach 1990 ist es still um sie geworden. Das vermeintliche „Ende der Geschichte“ führte zu einer Renaissance des Nationalen. Um die neue autoritäre Versuchung weltweit zu bekämpfen, wird es wieder auf die Städte Europas ankommen. Freiheit und Frieden leben von emotionaler Nähe, die wiederum Solidarität erzeugt.

In den europäischen Städten wird die Zukunft Europas entschieden, das Regionale und das Globale verschmilzt zum Lokalen. Die Städte und ihre Bürgermeister sind es, die die Idee der Welt-offenheit vor dem Neo-Nationalismus retten. Die neue „urbane Demokratie“ hat ihre Wurzeln in

»
Wofür
Staaten
Jahre
brauchen,
können
Städte
schneller
schaffen.«

Daniel Dettling
Zukunftsforscher

der alten antiken Demokratie und setzt wie diese auf Demokratie von unten. Die Zukunftsthemen Klimaschutz, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Integration und Friedenssicherung können nicht allein durch zentralstaatliches Handeln gelöst werden. Die Keimzellen der Demokratie sind die Kommunen. Sollte es zu einem echten Frieden in der Ukraine kommen, braucht es für den Wiederaufbau des Landes auch die Unterstützung der Städte. Ein breites Netzwerk an neuen Städtepartnerschaften kann den Kommunen in der Ukraine schnelle und direkte Hilfe bringen und die Menschen zusammenführen. 36 Städtepartnerschaften gibt es heute zwischen Deutschland und der Ukraine. Dass heute ukrainische Fahnen an deutschen Rathäusern hängen, ist ein schönes Zeichen der Solidarität. Was der Ukraine mehr helfen würde, ist die europäische Flagge auf den eigenen Rathäusern.

Wofür Staaten Jahre brauchen, können Städte schneller schaffen. Die Diplomatie der Zukunft ist kommunal. Während die Völker der demokratischen Welt in diesen Wochen vor allem auf Kiew blicken, muss Europa die Zeit nach dem Krieg denken. Europa, zeige Flagge, schau auf Deine Städte und lass sie machen! 

APPELLE ODER VERBOTE?

WIE KOMMUNEN MIT SCHOTTERGÄRTEN UMGEHEN

An der Ästhetik von Schottergärten scheiden sich die Geister. Fest steht, dass die Tenderscheinung bei der Gartengestaltung alles andere als klimafreundlich ist. Grund genug für viele Kommunen, hier gegenzusteuern, mal mit Verboten, mal mit gezielter Anreizpolitik.



Von DOROTHEA WALCHSHÄUSL

Auch in Erlangen haben die Steingärten in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Josef Weber, der Leiter des Referates für Planen und Bauen, sieht das skeptisch. „Das war eine Modeerscheinung.“ Nach langer Diskussion im Stadtrat wurde daher Erlangen zur ersten Stadt in Bayern, die tatsächlich ein Verbot von Schottergärten in der kommunalen Satzung zur Freiflächennutzung festgehalten hat. Aus Sicht von Weber ein unvermeidbarer Schritt: „Eine solche Satzung ist unser einziges Instrument“, meint er. „Bitten alleine reicht nicht aus.“ Begleitet wurde die Änderung der Satzung von Infoveranstaltungen und -broschüren. Der größte Effekt sei in der Praxis die Schaffung eines neuen Bewusstseins gewesen. Mit einem Male seien zum Beispiel viel detailliertere Baupläne eingereicht worden. „Früher lag der Fokus ausschließlich auf dem Gebäude, der Zufahrt und der Garage. Die Freifläche war eindeutig das Stiefkind. Das ist nun anders“, sagt Weber. So werde jetzt viel mehr Wert auf die Gestaltung der Freiflächen gelegt. „Zum Garten hat man sich früher keine großen Gedanken gemacht. Nun wird er von den Bauherren und Planern von Anfang an mitbedacht und geplant, das ist ein großer Fortschritt.“

Viele Bürger merken nun: Auch ich als Einzelner kann etwas tun für das Klima.“

Josef Weber, Leiter des Erlanger Referates für Planen und Bauen

Und wie sieht es aus mit der Umsetzung des Verbots? Zwar prüft die Stadt die eingereichten Pläne für Neubaugebiete, ansonsten finden keine expliziten Kontrollen statt. Gleichwohl kämen immer wieder Hinweise durch Nachbarn. „Darauf bitten wir erstmal darum, den Nachbarn mit dem Schottergarten direkt anzusprechen. Und in Folge schicken wir einen Brief von der Stadt“, so Weber. Sehr häufig würden die Bürger dann ein Einsehen haben und entsprechend reagieren. „Wir kontrollieren nicht und es funktioniert trotzdem. In 90 Prozent der Fälle führt das zu Erfolg“, sagt Weber, und alleine das Signal, dass die Kommune mehr darauf achte, habe einen enormen Effekt gehabt. Als Kommune und Stadtverwaltung müsse man sich die Frage stellen: „Wollen wir 100 Prozent erreichen oder reichen uns vielleicht auch 90 bis 95 Prozent?“

In Andernach steht das Thema Natur schon seit vielen Jahren auf der Agenda. Bereits seit 2010 wird dort das Projekt „Essbare Stadt“ verfolgt, seit 2019 gibt es zudem eine „Grün-Strategie“. In diesem Zusammenhang stand auch die Verschotterung im Fokus, wie Johannes Mader, der Sachgebietsleiter für Umwelt und Nachhaltigkeit, berichtet, und

wurde in den Bebauungsplänen für Neubaugebiete ein explizites Schottergärten-Verbot aufgenommen. Allerdings mit mäßiger Auswirkung, wie Mader sagt: „Zum einen betrifft das ausschließlich Neubauten. Und zum anderen ist ein Verbot zwar schön und gut, aber es muss auch jemand da sein, der das kontrolliert.“ Gerade angesichts des fehlenden kommunalen Personals seien die Hebel da definitiv begrenzt. Deshalb hat sich die Kommune daran gemacht, durch gezielte Aufklärungsarbeit zu verhindern, dass Schottergärten überhaupt erst angelegt werden. Im Rahmen des Wettbewerbs „Naturstadt“ hat Andernach das Projekt „Naturnaher Vorgarten“ gestartet, das die Vorteile beplanter Gärten aufzeigen soll. Konkret sind zwei Modellgärten entstanden: ein naturnah gestalteten Garten sowie als „Negativbeispiel“ ein Schottergarten. Der Weckruf hat funktioniert, wie Mader sagt: „Es gab sofortige Bürger-Rückmeldungen und es wurde viel diskutiert.“ Ergänzt wurde die Anlegung der Beete durch die Ausgabe einer 10-Quadratmeter-Staudenmischung an interessierte Bürger, außerdem ist ein Vorgarten-Wettbewerb in Planung. Von den Andernacher Bürgern werde das positiv wahrgenommen. „Die Kommune ist nach dem Privatmann die erste Einheit, die etwas tun kann“, so Mader.

Ähnlich sieht man das auch in Einhausen. „Ich bin überzeugt davon, dass man die Bürger miteinbinden kann, wenn man sie informiert und unterstützt“, so Bürgermeister Helmut Glanzner. Gleichwohl habe auch in Einhausen in der Vergangenheit die Anlage von Schottergärten zugenommen. „Als erstes ist uns das in bestehenden Wohngebieten aufgefallen“, erklärt der Bürgermeister. Oft seien die Gartenbesitzer dort ältere Bürger gewesen, die sich jahrzehntelang um ihre ehemals grünen Gärten gekümmert, aber nun aus Altersgründen auf den vermeintlich pflegeleichteren Schottergarten umgestellt hätten. Zudem wurde der Schotter auch in den Neubaugebieten zum Thema. So kam auch in Einhausen das Thema Schottergärten auf die Agenda des Gemeinderats – mit klarem Ergebnis: „Es stand schnell fest: Wir wollen kein Verbot, sondern stattdessen Aufklärung und Überzeugungsarbeit leisten. Oft fehlt den Menschen einfach nur das nötige Hintergrundwissen“, so Glanzner. Für das Frühjahr 2022 wurde nun eine Kampagne angestoßen, die dieses Ziel auf verschiedenen Wegen verfolgt. Zum einen wurde die „Einhäuser Mischung“ entwickelt, ein Saatgut-Mix, der den Bürgern kostenfrei zur Verfügung gestellt wird. Zum anderen ist für alle interessierten



FOTOS: Adobe Stock



Die ArtenReich-Kiste mit Stauden für den Vorgarten – erhältlich in den ortsansässigen Gärtnereien in Ubstadt-Weiher

Bürger eine Einzelberatung rund um eine „ökologische, pflegeleichte und zeitgemäße Gartengestaltung“ möglich, wie Glanzner sagt. „Unser Fachpersonal steht den Bürgern gerne zur Seite, wenn sie Fragen rund um die Gartengestaltung haben – das Knowhow unserer Mitarbeiter soll schließlich allen zu Gute kommen“. Zudem ist eine „Bürger helfen Bürgern“-Organisation in Planung, um auch älteren Mitbürgern die Pflege ihrer Gärten zu erleichtern, außerdem soll vor dem Rathaus ein Vorzeige-Blühstreifen entstehen.

Blütenreich und möglichst grün sollen auch die Gärten in Ubstadt-Weiher werden. Unter dem Titel „ArtenReich“ wurde dort eine Kampagne zum Thema Artenvielfalt und Insektenfreundlichkeit im Garten gestartet. „Eine wirklich praktische Handhabe, um Schottergärten zu verbieten, gibt es nicht“, so Silke Weber vom Bau- und Umweltamt, und eine restriktive Umsetzung sei in der Praxis unrealistisch. Stattdessen versuche man in Ubstadt-Weiher, die Menschen mit kreativen Ideen zu erreichen. Eine davon ist die sogenannte „ArtenReich-Kiste“. Konkret handelt es sich dabei um eine Kiste

» Ein Verbot ist zwar schön und gut, aber es muss auch jemand da sein, der das kontrolliert.“

Johannes Mader,
Andernacher Sachgebietsleiter für Umwelt und Nachhaltigkeit



mit 24 Stauden, die in den ortsansässigen Gärtnereien erworben werden kann. Für 60 Euro erhalten die Käufer eine „spezielle Mischung mit passenden Stauden, die für die meisten Böden funktionieren und für 4 Quadratmeter Fläche reichen“, wie Weber sagt. Im Einkauf würde die Mischung 75 Euro kosten – die 15 Euro Vergünstigung werden aus dem Gemeindehaushalt gezahlt. Ergänzend zur Kiste gab es einen Flyer mit einer genauen Pflanzanleitung, denn Weber weiß: „Vielen Leuten fehlt die Phantasie, was sie mit einem relativ kleinen Grünbereich machen sollen. Da hilft die Kiste. Sie liefert eine fertige Kombination mit Anleitung, das ist nicht aufwändig.“ Die Bürger hätten so die Möglichkeit bekommen, das Gärtnern für wenig Geld und Zeit einfach mal auszuprobieren. Damit erreiche man natürlich nicht alle und es gäbe immer auch Leute, die weiterhin zufrieden und glücklich seien mit ihrem Schottergarten. Bei den meisten Einwohnern aber sei die Aktion gut angekommen. Der für Weber schönste sichtbare Erfolg: Mittlerweile gibt es in Ubstadt-Weiher sogar einige Schottergärten, in denen wieder ein paar Quadratmeter Grün eingezogen ist: bepflanzt mit den Stauden aus der Kiste. ☘

FOTOS/ Stadtverwaltung Andernach – Maar, Ubstadt-Weiher, Adobe Stock

GLOSSE

SPRECHEN SIE AMTSDEUTSCH?

Kommunen sind verpflichtet, sich präzise auszudrücken. Leider entstehen durch die oft juristisch geprägte Sprache jedoch neue Missverständnisse. Ein paar nicht ganz bierernst gemeinte Überlegungen zum Beamtendeutsch.

Von CARMEN MOLITOR

„Schreibe nicht Baum, wenn du weißt, dass es eine Tanne ist“, riet mir als angehende Journalistin. Der Ratschlag hilft mir bis heute dabei, mich genau auszudrücken. Damit man gut verstehen kann, was ich sagen will. Denn dafür mache ich das ja: Ich schreibe etwas auf, damit es andere verstehen können. Und nicht, damit sie Bahnhof verstehen und sich ratlos am Kopf kratzen.

Das ist leicht gesagt, aber nicht immer so einfach umzusetzen. Auch für Kommunen nicht. Die müssen sich absolut unmissverständlich und rechtssicher ausdrücken. Ich habe davor Respekt, denn es ist keine leichte Aufgabe, sich auf das unterschiedliche Sprachempfinden einer Vielzahl von potenziellen Lesern einer amtlichen Botschaft einzustellen.

Wie ist es mit Ihnen? Schreiben Sie ohne rot zu werden „im Forstwesen zuständiger Waldbeamter mit Schussberechtigung“ anstatt schlicht „Jäger“? Sagen Sie „Mobilfunkgeräte-Rufsignalisierungskennzifferfolge“, wenn Sie Handynummer meinen? Bezeichnen einen Fluss als „trübwasserführende Geländefurche“? Oder betauern eine „aus versorgungsrechtlicher Sicht stärkste Form der Dienstunfähigkeit“ statt eines Todes?

Ja, dann sprechen Sie öffentlicher Dienst. Sehr gut sogar. Nur birgt Fachsprache auch Risiken und Nebenwirkungen. Und spätestens hier soll-

FOTO/ Adobe Stock



ten moderne Verwaltungen umdenken. Weiter „Biosensor“ statt Hund sagen? Einen Zaun als „nicht lebende Einfriedung“ bezeichnen? Einen Diebstahl als „unrechtmäßige Besitzumstellung“ betiteln? Allerhöchstens in Fachkreisen, liebe Kommunen! Es nutzt niemandem etwas, Sachverhalte so gestelzt zu beschreiben, dass sie am Ende da draußen niemand mehr versteht. Mit bürokratischen Wortmonstern legt man erst die Basis für Missverständnisse, die man durch sie ja eigentlich vermeiden wollte.

„Wer das hier liest, ist doof!“, krakeln Kinder gerne mal auf Tafeln oder Wände. Davon muss man bei einem Behördenschreiben in den meisten Fällen nicht ausgehen. Also, bitte locker machen und etwas mehr Vertrauen in die Auffassungsgabe von Bürgerinnen und Bürgern entwickeln! Die können nämlich sehr wohl etwas mit Begriffen wie Hund, Zaun oder Diebstahl anfangen und sollten deshalb nicht in einer gedrechselten Geheimsprache angesprochen werden.

Tanne statt Baum! Brieftaube statt „Selbstreproduzierende Kleinflugkörper auf biologischer Basis mit festprogrammierter automatischer Rückkehr aus allen beliebigen Richtungen und Distanzen“! Warum mit einem verwirrenden Satz rätselhaft umschreiben, was mit einem genauen Wort bestens ausgedrückt wäre? Das Leben ist so schon schwer genug. ☘

UMFRAGE

KOMMUNALPOLITIK NICHT MIT BUNDESPOLITIK VERWECHSELN

Selbst Gemeinderäte gerieren sich immer häufiger, als seien sie Parlamentarier. Das tut der Demokratie vor Ort nicht gut. Die Bürger unterscheiden sehr sensibel zwischen den verschiedenen Politikebenen. Die jüngste Saarland-Wahl ist ein weiterer Beleg dafür, meint der Gründer des Meinungsforschungsinstitus Forsa, Manfred Güllner.

Vor jeder Landtagswahl und selbst – sofern sie wahrgenommen werden – vor Kommunalwahlen weisen die Medien unisono darauf hin, es handele sich um eine Testwahl für die Stimmung in der gesamten Republik. So wurde auch wieder die Entscheidung der rund 452.000 Wahlberechtigten im Saarland – das sind 0,7 % aller Wahlberechtigten in ganz Deutschland! – die eine gültige Stimme abgegeben haben, als ein erstes Urteil der Wähler über die Politik der Ampel oder über den neuen CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz gewertet. Und selbst die Wahlgewinnerin Anke Rehlinger führte ihren Erfolg bei der Landtagswahl auf eine „großartige Unterstützung“ und einen „Rückenwind aus Berlin“ zurück. Doch diese Wahl war weder ein Votum für oder gegen Scholz oder Merz; denn die eher kritische Bewertung der SPD und ihres Führungspersonals auf Bundesebene in den Wochen vor der Saar-Wahl stimmte nicht mit dem überaus positiven Erscheinungsbild der Saar-SPD mit Anke Rehlinger überein.

So war die Mehrheit der Wahlberechtigten in der gesamten Republik in der Woche vor der Landtagswahl an der Saar mit der Corona-Politik der Ampel-Koalition eher unzufrieden: 65 Prozent hielten die Abschaffung fast aller Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus zum 20. März für falsch und fast ebenso viele wünschten sich die Einführung einer allgemeinen von der Ampel-Koalition nicht vorangetriebenen Impfpflicht für



DIE BUNDESWEITE POLITISCHE STIMMUNG VOR DER LANDTAGSWAHL IM SAARLAND

Meinungen zur Corona-Politik der Ampelkoalition

Die Aufhebung aller Maßnahmen zum Schutz vor dem Corona-Virus war richtig.



Meinungen zu einer allgemeinen Impfpflicht

Es sollte eine allgemeine Impfpflicht für Erwachsene geben.



Erwachsene. Weniger zufrieden als noch Ende Februar waren die Wahlberechtigten vor der Wahl an der Saar bundesweit auch mit dem Umgang des Bundeskanzlers mit dem Ukraine-Krieg. Bei der Kanzlerpräferenz lag Olaf Scholz Ende März mit 42 Prozent 10 Prozentpunkte unter seinem Wert von Anfang November letzten Jahres. Und auch bei den Parteipräferenzen lag die SPD bundesweit vor der Landtagswahl im Saarland mit 24 Prozent hinter der Union. Von einem „Rückenwind“ aus Berlin für die Wahlsiegerin Anke Rehlinger kann also nicht gesprochen werden; Rehlingers Erfolg ist allein durch die Urteile der Wahlberechtigten an der Saar über die Parteien im Land zustande gekommen.

Die Wahlberechtigten beurteilen die Parteien in ihrem Bundesland und auch die in ihrem Wohnort aber nicht nur im Saarland anders als die Parteien auf Bundesebene.



FOTO/ Adobe Stock, privat, Pressefotos: Maximilian König, Tobias Koch

So unterscheidet sich die im März im Rahmen der kontinuierlichen forsa-Erhebungen zusätzlich zur Bundestagswahlabsicht ebenfalls ermittelte Landtagswahlabsicht allein schon im bundesweiten Durchschnitt deutlich. In der Summe der 16 Länder würde die Union bei Landtagswahlen mit 30 Prozent ein um 4 Prozentpunkte besseres Ergebnis erzielen als bei einer Bundestagswahl. Ein Hinweis darauf, dass die Union anders als im Saarland in einigen Ländern über einen „Landesbonus“ verfügt. Das ist insbesondere in den beiden bevölkerungsreichsten Ländern Bayern und Nordrhein-Westfalen der Fall.

In Nordrhein-Westfalen hätte die CDU nach Ergebnissen des von allen 39 Zeitungen im Land mit Hilfe von forsa durchgeführten „NRW-Checks“ in der ersten März-Hälfte bei einer Landtagswahl mit 32 Prozent 4 Prozentpunkte mehr erhalten als bei einer

Zufriedenheit mit der Arbeit von Olaf Scholz in der Ukraine-Krise



Kanzlerpräferenzen

Anfang November 2021

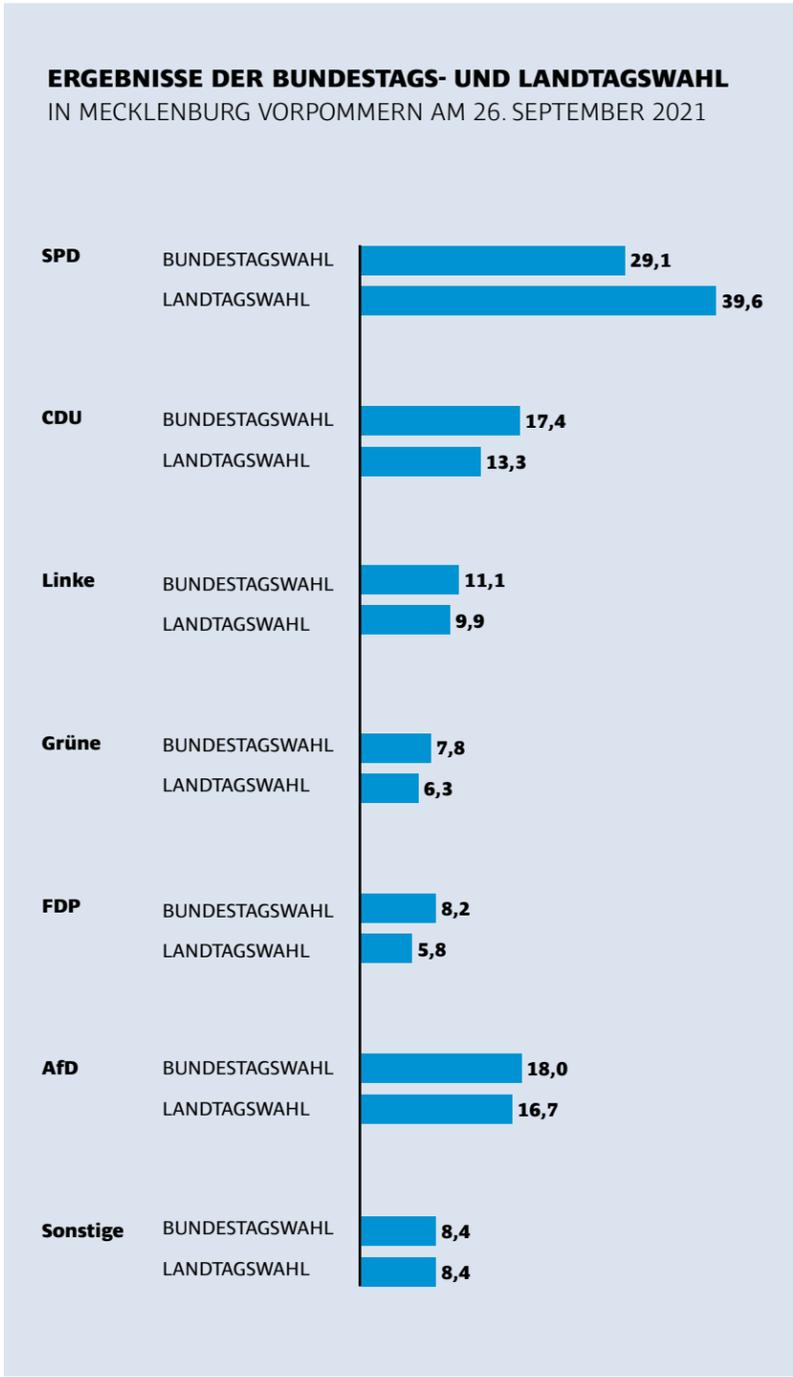


Ende März 2022



Bundestagswahl. Und auch in Bayern würde die CSU bei einer Landtagwahl die 40 Prozent-Marke erreichen, käme aber bei einer Bundestagswahl nur auf 36 Prozent. Dieser „Landes-Bonus“ der CSU beruht nicht zuletzt darauf, dass die Bayern mit der Arbeit ihres Ministerpräsidenten weiterhin in überdurchschnittlichem Maße zufrieden sind. Anderslautende, von der Augsburger Allgemeinen regelmäßig unter Berufung auf von dem Klick-Tool-Unternehmen „Civey“ generierte Zahlen verbreitete Meldungen, nach denen nur noch weniger als zwei Fünftel der Bayern mit Söders Arbeit zufrieden seien, sind bei einem CSU-Anteil von fast 40 Prozent der Stimmen ziemlich absurd. Dann nämlich müssten nicht nur ausnahmslos alle Anhänger des CSU-Koalitionspartners Freie Wähler, der FDP, der SPD und der Grünen, sondern auch noch ein Teil der CSU-Wähler unzufrieden mit Söder sein. Diese Fehlinformation der Augsburger Allgemeine beruht darauf, dass der Anteil der mit Söders Arbeit tatsächlich fast ausnahmslos unzufriedenen AfD-Anhänger bei „Civey“ um ein Vielfaches höher ist als in der Realität. Jüngst war das auch im Vorfeld der Landtagswahl an der Saar wieder zu beobachten, als „Civey“ am 15. März – also nur wenige Tage vor dem Wahltermin – als Ergebnis einer „repräsentativen“ Erhebung bekannt gab, es wollten mehr Saarländer (nämlich 20,8 %), dass die AfD die nächste Landesregierung „anführen“ (Originalsprache von „Civey“) sollte als die bei der Wahl siegreiche SPD (von der das angeblich nur 16 % wollten).

All das sind Belege dafür, dass die Wähler bei jeder Wahl – vor allem auch bei Kommunalwahlen – recht genau wissen, um was es bei der jeweiligen Wahl geht und ihr Votum keinesfalls ein bloßer Reflex der politischen Großwetterlage ist. Zu befürchten ist allerdings, dass viele Medien dies auch in Zukunft nicht beachten werden oder wollen. 



DIGITAL TOTAL

POLITIK: ZU SPÄT, ZU LANGSAM, ES GEHT ANDERS!

Deutschland ist bekannt für späte Entscheidungen und noch spätere Umsetzungen. Man zögert, wägt immer wieder ab, wartet und wundert sich. Digitalisierung könnte helfen, auch bei der Hilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine, meint Franz-Reinhard Habel.



Spätestens kurz nach Kriegsbeginn in der Ukraine war abzusehen, dass viele Menschen aus dem Land flüchten werden und, was Deutschland betrifft, eine bundesweite Verteilung notwendig werden wird. Die damit verbundenen logistischen Herausforderungen von Unterkünften, Leistungen für den Lebensunterhalt, zusätzliche Plätze in Kitas und Schulen, sind nach den Erfahrungen der Flüchtlingskrise 2015 nicht neu. Der Politik ist bekannt, dass die Versorgung von Flüchtlingen je Monat und Person für Unterkunft und Verpflegung circa 1.000 Euro kostet. Von Anfang an war und ist bekannt, dass die Menschen aus der Ukraine ohne Registrierung einreisen und sich 90 Tage frei aufhalten können.

Täglich hören und lesen wir Aussagen der Politik, die die Lage immer wiederholen und darauf hinweisen, dass das Notwendige schon getan wird. Es sind diese Wiederholungen die deutlich machen sollen: „Wir kümmern uns drum, wir müssen was tun und wir tun auch schon was.“ Die Realität sieht leider anders aus. Drei Wochen nach dem gewalttätigen Überfall auf die Ukraine war in der Bund-Länder-Runde zu den Flüchtlingen zu vernehmen, dass eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden soll, die unter anderem die Fragen der Finanzierung der

Aufwendungen der Kommunen beantworten soll. Die Ergebnisse sollten in weiteren drei Wochen vorliegen. Stichwort Registrierung: Die meisten Flüchtlinge aus der Ukraine reisen mit biometrischen Pässen ein. Leider gibt es in deutschen Verwaltungen nicht genügend Lesegeräte. Auch das wissen wir schon lange. Stundenlange Wartezeiten sind die Folge. Kreise und Städte beginnen in der Not eigene Formulare zu entwerfen, folglich fehlt es oftmals an Schnittstellen.

Zu Beginn der Pandemie hat die Ukraine eine gesamtukrainische Online-Schule als eine Plattform für Fern- und Blended Learning von Schülern der Klassen 5-11 aufgebaut. Erste Stimmen werden laut, dass die Flüchtlinge auch in Deutschland dieses weit fortgeschrittene System nutzen möchten. Was heißt das für die Integration und wie geht man damit um? Auch mit dieser Frage hätte man sich längst beschäftigen müssen. Wie es anders geht, zeigen freiwillige Helfer. In wenigen Stunden haben sie ein Tool erstellt, dass aktuell die Zahl der Helfer mit ihrer Sprachkompetenz zu jeder Stunde am Hauptbahnhof in Berlin zeigt.

Wir müssen schneller werden. Es braucht mehr Mut und Pragmatismus. 



FOTO/ Adobe Stock

ARBEITEN & GESTALTEN

MODERNES BAUEN

Holzbauweise als
Alternative
Seite 48

FINANZIERUNG

Spendenplattform für
Kommunen
Seite 52

WOHNEN

NEUES LEBEN FÜR ALTE GEMÄUER

Sanierung oder Neubau – bei kommunalen Altbauten fällt die Entscheidung oft schwer. Da sind Planungssicherung und Gestaltungsfreiheit auf der einen Seite und die bauliche Identität auf der anderen Seite. Und dann ist da noch das Thema Energieeffizienz. Wir haben uns umgehört.

Von DOROTHEA WALCHSHÄUSL

Bei Frank Hettler ist die „Zukunft Altbau“ Alltag. Als Leiter des gleichnamigen Programms, das vom Umweltministerium Baden-Württemberg gefördert wird, bietet Hettler zusammen mit seinen Kollegen eine Einstiegsberatung zu allen Fragen rund um die energetische Sanierung von Altbauten. Gerade bei kommunalen Bauprojekten gehe es sehr häufig um die Durchführbarkeit einer Sanierung von bereits bebautem Gelände. „Große städtebauliche Planungen auf der grünen Wiese sind heute absolute Seltenheit“, so Hettler. Vielmehr werden meistens Bestandsgebäude im Innenbereich hinterfragt. „Verkaufen oder behalten, abreißen oder sanieren – das sind oft die ersten Fragen, wenn es um ein kommunales Gebäude geht“, sagt Hettler. Nicht selten entscheiden sich viele zu schnell für einen Abriss und lassen damit viel Potential liegen, das in der Sanierung des Altbaus gesteckt hätte. Dabei gibt es natürlich bestimmte Gemengelagen, bei denen ein Abriss zwingend ist. Etwa dann, wenn ein Gebäude massiv schadstoffbelastet ist und die Substanz



durch Schimmel, Pilz oder Hausschwamm kaputt und nicht besonders schützenswert ist. Und dann war da noch das Thema Verdichtung des Innenraums. Blockiert etwa ein Einfamilienhaus mitten in der Innenstadt eine Fläche, die weitaus intensiver anderweitig genutzt werden kann, macht es möglicherweise Sinn, tatsächlich abzureißen und neu zu bauen. Aus energetischen Gesichtspunkten betrachtet, ist es laut Hettler aber fast immer sinnvoll, zumindest „die Hauptsubstanz, also den Rohbau zu erhalten“. Dämmung und Verglasung amortisieren sich immer, der Energieaufwand für einen kompletten Neubau aber, insbesondere für den Rohbau, ist enorm. Es geht bei der Sanierung vor allem um die Frage, „wie man die bestmögliche Nutzung und Dichte erreichen kann“.

Wie eine solch durchdachte Lösung aussehen kann, ist in Meerbusch besonders gut zu sehen.

Dort steht die Adam-Riese-Grundschule mitten in einer Wohnsiedlung in der Gemeinde. Die Ausgangslage an der Schule ist mit der vieler anderer Schulen vergleichbar. Vormittags findet dort normaler Schulbetrieb statt, am Nachmittag gibt es eine Ganztagsbetreuung in den Klassenräumen. Das Problem: „Für das Nachmittagsprogramm müssen ganz andere Bedingungen gegeben sein als für den Unterricht“, wie Schulleiter Marc Adams sagt. So brauche es eine andere Grundatmosphäre und räumliche Struktur, etwa gemütliche Leseecken, Bewegungsmöglichkeiten oder einen Bastel-Platz. Die Nachmittagsbetreuung in den vertrauten Schulräumen bot all dies nicht. „Das war keine gute Situation. Ein paar andere Tische und Stühle haben nicht viel bewirkt und die Kinder hatten das Gefühl, auch am Nachmittag noch in der Schule zu sitzen“, erzählt Adams. So war bald klar: Es braucht eine andere Lösung. Für einen Neubau fehlte allerdings sowohl der Platz als auch das Geld. Stattdessen fand in Folge ein intensiver Austausch zwischen der Schule, der Stadt und dem Schulträger statt, um herauszufinden, was die Räume sowohl

»
Das sanierte Mesnerhaus wird ein Schmuckstück in unserer Gemeinde.«

Franz Heilmeier,
Bürgermeister der
Gemeinde Neufahrn



vormittags als auch nachmittags abdecken müssten. Besonders im Fokus standen die Anforderungen der Nachmittagsbetreuung. Schritt für Schritt wurden alle Änderungswünsche zusammengetragen und von einem Architekturbüro aufgenommen, das auf dieser Basis ein umfassendes Konzept für zwei Räume entwickelt hat, die vormittags als Klassen- und nachmittags als Betreuungsräume genutzt werden. Entstanden sind – in den gleichen vier Wänden – zwei tatsächlich sehr unterschiedliche Arbeits- und Aufenthaltswelten, die durch mobile Elemente umgebaut werden können. So gibt es für den Nachmittagsblock nun Leseecken, Haken an der Decke für gemütliche Hängesessel, eine andere Beleuchtung mit indirekten Spots und viel Stauraum für die Schulsachen vom Vormittag. Rund 200.000 Euro hat der Umbau inklusive der Sanitäranlagen gekostet, im Laufe eines Vierteljahres wurden die Räume komplett entkernt und dann Schritt für Schritt mit den neuen Elementen aufgebaut. „Das Ergebnis ist auf jeden Fall positiv und die Zufriedenheit sowohl der Schüler als auch der Lehrer und Betreuer ist sehr groß“, so Adams.

FOTOS: Luis Ostertag-Hill, Gemeinde Neufahrn, Adobe Stock

Natürlich bleibt ein derartiger Umbau immer ein Kompromiss, da mit den vorhandenen Gegebenheiten umgegangen werden müsse. Zum Status zuvor aber ist es eine „enorme Verbesserung“, wie Adams sagt.

Eine Altbausanierung im klassischen Sinne wird gerade in der kleinen Gemeinde Neufahrn durchgeführt. Unter Aufsicht der Kommune wird dort das alte Mesnerhaus saniert. Ein geschichtsträchtiges Gebäude. „Das Mesnerhaus liegt in der historischen Ortsmitte direkt neben der alten Ortskirche. Früher war es mal ein Schulhaus, daneben stand der Maibaum, starteten die Prozessionen und fanden die Dorffeste statt. So ist es gerade für die älteren Bürger der Gemeinde ein wichtiger Ort“, so Bürgermeister Franz Heilmeier. Ursprünglich im Besitz der Kirche, wurde das Mesnerhaus 1992 von der Gemeinde Neufahrn erworben und in Folge unterschiedlich genutzt. Zuletzt war



ein türkischer Arbeiterverein dort untergebracht, ab 2010 stand das Gebäude leer und war „deutlich heruntergewohnt und von der Haustechnik nicht mehr auf dem aktuellen Stand“, wie Bauamtsleiter Michael Schöfer berichtet. Vom Verkauf bis zum Abriss wurden damals verschiedene Optionen diskutiert, in der Bevölkerung aber gab es den klaren Wunsch, das Haus in kommunaler Hand zu erhalten, was 2014 auch eine Mehrheit im Gemeinderat fand. Dann kam es 2015 zu einem Dachstuhlbrand im Gebäude. Durch den Brand und die Löscharbeiten wurde nahezu alles bis auf die Grundsubstanz zerstört, wie Schöfer erzählt, und die Diskussion über die Zukunft des Gebäudes gewann an Intensität.

Schließlich entschied man sich für die Sanierung – und damit für die „Mühen der Renovierung eines denkmalgeschützten Gebäudes in politischer Eigenverantwortung“, so Heilmeier.

Als Vision wurde ein multifunktionales Veranstaltungshaus entworfen, 2021 wurde die Baumaßnahme gestartet, bis Ende des Jahres soll die Sanierung im besten Falle abgeschlossen sein. Die Sanierung selbst hat sich als extrem aufwändig herausgestellt, wie Schöfer sagt. So musste das Fundament unterfüttert werden, die darunter entdeckten Gräber ordnungsgemäß aufbewahrt. Und es gab auch immer wieder Probleme mit der Denkmalschutzbehörde. „Wir haben aber immer Lösungen gefunden und ziehen die Sanierung nun durch“, so Schöfer.

So hat der Altbau in Neufahrn tatsächlich eine Zukunft – ganz im Sinne Hettlers, der sagt: „Alten Gebäuden ein neues Leben einzuhauchen, kann ausgesprochen sinnstiftend sein. Jeder Altbau hat erst einmal einen Wert. Wenn man diesen erhält, schränkt man sich dadurch zwar ein, aber man bekommt auch viel zurück. Man erhält Substanz aus einer anderen Zeit und schreibt eine Geschichte fort.“

MODERNES BAUEN

GEMEINSAM AUF DEM HOLZWEG

Bad Berleburg, eine waldreiche Kommune im Kreis Siegen-Wittgenstein, will weg von den energieintensiven Baumaterialien Beton, Ziegel und Stahl. Stattdessen nutzt die Gemeinde das massenhaft angefallene Borkenkäferholz. Mit ihrer Holz-Agenda räumt sie zudem auf mit Vorurteilen über nachwachsende Rohstoffe.

Von ANNETTE LÜBBERS

Vor drei Jahren rief Bad Berleburg den Klimanotstand aus. Ein symbolischer Akt, der bei vielen Skepsis hervorrief. So auch bei Johannes Röhl, Forstdirektor und Chef der Rentkammer des Fürstentums zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg. „Für mich war das erst einmal wieder eine Art Alarismus, dem normalerweise zwar Hochglanzbrochüren für die Schublade folgen, aber keine echten Aktionen.“ Seine Einschätzung von damals hat er jedoch revidiert. Denn in Bad Berleburg wurden aus Worten auch Taten.

Bad Berleburgs knapp 20.000 Einwohner verteilen sich auf 23 Dörfer. Viele von ihnen sind traditionell Waldbauern. Fast 18.000 Hektar Wald gehören zu Bad Berleburg, allein 12.000 Hektar im Besitz des Prinzen zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg. 5.000 Hektar verteilen sich auf viele kleine Waldbauern und 650 Hektar verwaltet die Kommune. Wie in anderen Regionen auch machten Hitzesommer und Borkenkäfer einem Großteil des Waldes den Garaus: Etwa 1,2 Millionen Festmeter Käferholz musste den Wäldern entnommen werden. Der Not gehorchend – die Riesenmengen konnte der Markt in Deutschland nicht aufnehmen und wenn, dann zu einem extrem niedrigen Preis – wurde der Großteil der fürstlichen Schadhöl-



zer nach Asien exportiert, während die Hölzer aus dem kommunalen und dem Kleinbauern-Bestand überwiegend regional vermarktet wurden.

Statt Symbolpolitik zu betreiben, setzten sich Bürgermeister Bernd Fuhrmann und Johannes Röhl mit den kleinen Waldbauern und mit Vertretern der holzverarbeitenden Gewerbe zusammen und erstellten die Bad Berleburger Holz-Agenda. „Die partizipatorischen Prozesse, die in dieser Kommune gelebt werden, habe ich schlicht unterschätzt“, erinnert sich Johannes Röhl.

Seitdem dreht sich in der Kleinstadt – fast – alles um die nachwachsende Ressource Holz. Bushaltstellen wurden aus massivem Käferholz gefertigt, 19 hölzerne Lesekörbe laden zum Verweilen ein. Im Sitzen oder Liegen können Besucher Bücher lesen, sogar digital auf einem bereitgestellten Tablet. Holzverarbeitende Unternehmen bauen Blockhäuser aus Käferholz. Zwei neue Feuerwehrhäuser sollen aus der natürlichen Ressource errichtet werden. Auf einem eigens ausgewiesenen Fahrradweg für Einwohner und Touristen erläutern Beschilderungen und QR-Codes die Vorteile des heimischen Baustoffes. „Wir wollen mit diesen Projekten Holz als natürliche Ressource für alle erlebbar machen“, erklärt Bürgermeister Bernd Fuhrmann.

FOTOS/Adobe Stock, Gemeinde Bad Berleburg, Stadt Bad Berleburg



Das besondere Highlight des Bad Berleburger Holzweges soll aber ein Großprojekt werden. Für das geplante hölzerne Parkhaus läuft gerade eine Machbarkeitsstudie. 31.000 Euro hat das Land NRW dazu gegeben. Die gleiche Summe hat die Stadt selbst aufgebracht. Die Verwendung von Käferholz wird aber nicht der einzige innovative Ansatz sein. Bernd Fuhrmann: „Noch wissen wir nicht, wie schnell sich die zwingend erforderliche Mobilitätswende im ländlichen Raum vollziehen wird. Klar ist, dass wir dabei gerade auf kommunaler Ebene ein Höchstmaß an Flexibilität benötigen. Deshalb planen wir noch vor der Errichtung des Parkhauses dessen mögliche Umnutzung mit ein. Wenn das Haus als Parkfläche mal nicht mehr gebraucht wird, dann soll es möglich sein, mit einfachen Mitteln das Gebäude als Co-Working-Space oder Bürogebäude nutzbar zu machen.“ Ebenso wichtig in der Planungsphase, so der Bürgermeister, sei die direkte Übertragbarkeit des Projektes auf andere Kommunen. „Wir wollen mit diesem Projekt zeigen, dass eine neue Art des Bauens, die schon in der Planung auf Langlebigkeit, Wiederverwertbarkeit der Rohstoffe und Nachhaltigkeit setzt, auch für Großstädte interessant sein könnte. Anhand solcher Projekte, das ist meine Überzeugung,

wird deutlich, dass wir in Politik und Wirtschaft bereit sind, nicht mehr kurzfristig zu denken, sondern in Generationen.“

Nils Kuhmichel ist Experte und baut in seinem Betrieb von Dachstühlen bis Exklusivmöbeln alles aus Holz. „Viele Menschen denken bei einem Borkenkäfer an den klassischen Holzwurm, der sich durch den Stamm frisst. Der Borkenkäfer schädigt aber nur die Rinde, der Stamm bleibt völlig intakt. Der einzige Unterschied: Borkenkäferholz kann an einigen Stellen Verfärbungen aufweisen“, unterstreicht Nils Kuhmichel. Johannes Röhl nickt: „Ein zweites Klischee hält sich ebenso hartnäckig: dass Holzhäuser extrem brandgefährdet sind.“ Was die meisten nicht wissen: Häuser mit Stahlträgern sind im Brandfall viel gefährdeter. „Sie müssen sich nur einmal ein Lagerfeuer anschauen: Holz brennt extrem langsam. In den skandinavischen Ländern und in den USA ist man in Sachen Holz als Baustoff wesentlich weiter als wir.“

Ein weiteres Vorurteil: Holzhäuser sind extrem pflegebedürftig. Johannes Röhl schüttelt den Kopf: „Schauen Sie sich unsere alten Bauernhöfe an. Diese Gebäude wurden einfach klug gebaut und kommen ganz ohne Holzschutzmittel aus.“ Nils Kuhmichel unterstreicht: „Der moderne Holzbau hat all diese Argumente längst entkräftet.“ Damit diese Informationen auch bei den Bür-



gerinnen und Bürgern ankommen, investiert die Kommune auch in umfangreiche Beratungen zum Baumaterial Holz.

Für den Rentmeister Johannes Röhl spricht noch viel mehr dafür, die klimaschädlichen und energieintensiven Materialien Beton, Ziegel und Stahl zurückzudrängen. Die politische Lage, so der Forstdirektor, sollte uns spätestens jetzt auf den Boden der Tatsachen holen. Viele Materialien sind knapp und die Transportkosten steigen enorm. Ganz abgesehen vom hohen CO₂-Abdruck, den die langen Transportwege und die Materialgewinnung an sich verursachen. Öko-Romantik? Das ist nicht die Sache des Forstdirektors. Für eine solche hält er die Forderung mancher Umweltschützer, den Wald mehrheitlich wieder sich selbst zu überlassen. „Natürlich könnten wir das tun. Aber damit lösen wir nicht die Probleme, die sich aus der massenhaften Verwendung von Beton, Stahl und Ziegel ergeben. Klimagerecht bauen kann in Zukunft tatsächlich nur heißen, mehrheitlich heimisches Holz statt der derzeit üblichen Materialien zu nutzen. Wenn wir unsere Wälder dafür nicht einsetzen wollen, dann müssen wir Holz aus Regionen importieren, von denen wir lieber nicht wissen wollen, unter welchen Umständen das Holz dort produziert wurde.“

Für Bürgermeister Bernd Fuhrmann sind all das Argumente, die zeigen, dass seine Kommune mit der Holz-Agenda auf dem richtigen Weg ist. „Wir sehen in unserer Strategie einen regionalen Wirtschaftskreislauf at it's best. Außerdem passen unsere Maßnahmen exakt in die Nachhaltigkeitsstrategie, der wir in Bad Berleburg folgen: In unserer Kommune wird jeder Beschluss dahingehend überprüft, welche ökologischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen er langfristig haben wird. Jeder Beschluss wird also dahingehend überprüft, welchen Beitrag er konkret leisten kann, um die Ziele unserer Nachhaltigkeitsstrategie umzusetzen. Was wir nicht nur in den Kommunen, aber auch dort, brauchen, sind grundlegende Veränderungsprozesse im Denken und Handeln.“ Veränderungsprozesse, die in Bad Berleburg noch lange nicht abgeschlossen sind. Getreu dem Bad Berleburger Slogan „Wildnis, Wirtschaft, Wagemut“ warten weitere Projekte darauf, umgesetzt zu werden. 

FOTOS/Adobe Stock, Gemeinde Bad Berleburg, Stadt Bad Berleburg



Finden Sie Ihre gewünschten Artikel einfach unter:
www.kommunalbeschaffung.de



Erhöhen Sie die Sicherheit auf Ihren Straßen!

Mehr als 50% aller Unfälle im Straßenverkehr werden durch überhöhte Geschwindigkeiten oder Ablenkung verursacht.

Unsere Produkte tragen als nachhaltige Lösung erwiesenermaßen zu mehr Aufmerksamkeit und Bewusstsein im Verkehr bei.

Somit stellt sich nicht die Frage, ob Sie eine Geschwindigkeitsanzeige benötigen, sondern welche Variante Ihren Anforderungen entspricht. Das Team von **KOMMUNALBESCHAFFUNG** hilft Ihnen gerne bei Ihrer individuellen Beschaffung!



KOMMUNAL
BESCHAFFUNG.DE



Einsatzkleidung der Johanniter, finanziert durch Crowdfunding

CROWDFUNDING

KOMMUNEN NUTZEN SPENDENPLATTFORMEN

Die digitale Welt hat mit Crowdfunding neue Möglichkeiten geschaffen, um gemeinschaftlich Projekte zu finanzieren. Die Stadtwerke Brandenburg an der Havel fördern mit ihrer Plattform die Vernetzung von Kommunen, lokalen Initiativen, Vereinen und Bürgern.

Von ANNETTE LÜBBERS

Die Bogensportler in Brandenburg an der Havel brauchen eine Flutlichtanlage? 54 Spender legen 1.500 Euro zusammen. Die Motorradstaffel der Johanniter-Unfall-Hilfe will in neue Motorradhelme und in ein weiteres Motorrad investieren? 38 Bürger machen die Bestellung möglich. Auch der DLRG Stadtverband hat sich schon über Mehreinnahmen gefreut. 5.000 Euro waren erbeten worden – 45 Spender ermöglichten die Investition in Schutzkleidung für zukünftige Retter.

Seit September 2021 freuen sich die Mitarbeiter der Stadtwerke Brandenburg an der Havel über erfolgreiche Crowdfunding Projekte wie diese. Die Plattform dafür haben die Stadtwerke selbst initiiert – als Finanzierungsmöglichkeit für Projekte von lokal und regional tätigen Vereinen und Initiativen, deren Unterstützungsanfragen die Stadtwer-

1.500 €

legten 54 Spender in Brandenburg für eine Flutlichtanlage der Bogensportler zusammen.

ke Brandenburg an der Havel in der Vergangenheit nicht selten ablehnen mussten. Heide Traemann, zuständig für die Unternehmenskommunikation bei den Stadtwerken, erläutert: „Leider war und ist unser Budget für solche Anfragen natürlich sehr begrenzt. Unsere neue Crowdfunding-Plattform sorgt nun für neue Finanzierungsmöglichkeiten aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Außerdem helfen die gemeinschaftlich unterstützten Projekte, Stadtwerke, Vereine, Initiativen und Bürgerschaft besser zu vernetzen. Durch die Plattform wächst nun zusammen, was zusammengehört.“

Bewerben können sich lokal und regional verteilte Projekte, die überwiegend nachhaltig angelegt sind, Bildung, Aufklärung und Innovationen zum Thema Nachhaltigkeit vermitteln. Neben der Beratung haben die Projektleiter zudem den Vorteil, dass sie – wenn das Spendenziel erreicht wird – sichere Fördergelder ohne jedes Risiko erhalten

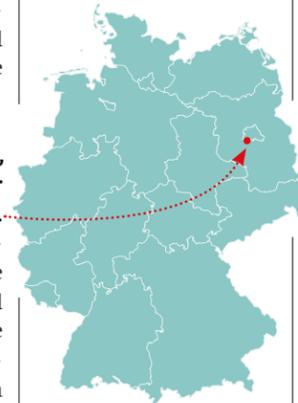
FOTOS: DLRG Stadtverband Brandenburg e.V., Adobe Stock, Stadtwerke Brandenburg



und zudem neue Kontakte knüpfen. Entwickelt wurde die Plattform zusammen mit einer Crowdfunding-Initiative, die seit Jahren auch im kommunalen Bereich aktiv ist. Von dort bekommen die Initiatoren Hilfe, etwa bei der Erstellung von Projektvideos und Begleittexten oder bei Fragen rund um mögliche Prämien. Diesen zusätzlichen Service müssen sie jedoch zusätzlich bezahlen.

Überzeugt hat das Projekt auch Anja Heinecke, Hausleiterin in der Pustebume, einem Projekt für junge Menschen mit Autismus in Kleinmachnow.

Die gemeinnützige Gesellschaft bietet seit Neuestem zwölf jungen Erwachsenen in Falkensee eine Heimat. Für die Einrichtung eines Wohlfühl- und Rückzugsortes suchte die Gesellschaft finanzielle Unterstützung – und fand sie auf der Crowdfunding-Plattform der Stadtwerke an der Havel. „Von dieser Unterstützungsmöglichkeit hatte ich natürlich schon gelesen, aber selbst noch nie eine sol-



che Aktion gestartet und folglich nicht die leiseste Ahnung, wie man eine solche Kampagne angeht. Aber dank der Plattform der Stadt haben wir das Projekt dann recht schnell bewerben können.“ Das Ergebnis hat selbst die hoffnungsfrohe Hausleiterin positiv überrascht. „Natürlich war ich am 17. September, als es losging, sehr nervös. Würden wir das Geld in den wenigen Wochen tatsächlich zusammenbekommen?“ Am Abend des ersten Tages konnte Anja Heinecke es kaum fassen. Die Zielsumme von 1.500 Euro war bereits erreicht. Bis zum Ende der Laufzeit am 1. November 2021 waren es schon knapp 3.700 Euro. „Besonders überrascht hat mich die Tatsache, dass die von uns ausgelobten Dankschön-Geschenke zumeist gar nicht abgerufen wurden. Die wenigen Spender, die eine Prämie wollten, haben sich für eine Einladung zu unserem Sommerfest entschieden.“ Mit dem unerwarteten hohen Geldsegen hat die Hausleiterin nun so einiges vor. „Manche unserer zukünftigen Bewohner

KOMMUNALSTELLENMARKT

TOP-JOBS DES MONATS

- > STADT VILLINGEN-SCHWENNINGEN
SACHBEARBEITER FÜR DAS WOHNUNGSWESEN (M/W/D)
VILLINGEN-SCHWENNINGEN
- > STADT HERRENBERG
VERSORGUNGSINGENIEUR/IN ALS SACHGEBIETSLEITUNG FÜR DEN BEREICH WÄRME UND ERNEUERBARE ENERGIEN (M/W/D)
HERRENBERG
- > DEUTSCHE UMWELTHILFE E.V.
MITARBEITER:IN IM BEREICH BUCHHALTUNG (M/W/D)
RADOLFZELL
- > CONDROBS E.V.
SOZIALPÄDAGOGE ALS EINRICHTUNGSLEITUNG FÜR JUGENDWOHNUNGSGEMEINSCHAFT (M/W/D)
BAYREUTH
- > LANDESBETRIEB STRASSENBAU NORDRHEIN-WESTFALEN
LEITUNG DER MEISTEREI WALDRÖL (M/W/D)
WALDRÖL
- > WITTEKINDSHOF DIAKONISCHE EINRICHTUNG FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN
LEITUNG FÜR EINE KITA (M/W/D)
HERNE
- > DIE AUTOBAHN GMBH DES BUNDES
FACHINGENIEUR STRASSENPLANUNG UND BAU-ÜBERWACHUNG LADEINFRASTRUKTUR (M/W/D)
BERLIN
- > GEMEINDE LOTTE
STADTPLANER/-IN (M/W/D)
LOTTE

Die vollständigen Stellenausschreibungen der Top-Jobs des Monats finden Sie unter stellenmarkt.kommunal.de

»
Gemeinsam
 können wir viel
 erreichen!“

Heide Traemann,
 Stadtwerke-Mitarbeiterin

können sich verbal nicht verständigen. Für diese Menschen bestellen wir zum Beispiel Bildkarten, mit denen wir ihre Wünsche und Bedürfnisse abfragen und den Tagesablauf unserer Bewohner besser strukturieren können.“

Heide Traemann von den Stadtwerken zeigt sich begeistert von den neuen Möglichkeiten: „Wir wollen als Stadtwerke den Menschen sozusagen Lust auf Hier machen. Deshalb natürlich auch die Fokussierung auf lokale Projekte, die ganz nah an den Menschen dran sind. Schließlich entscheiden in einer Gemeinschaft alle gemeinsam, wie lebenswert das Umfeld ist, in dem wir leben. Ebenso wie wir gemeinschaftlich entscheiden, welche Dinge uns in unserer Region besonders am Herzen liegen.“ Jedes Projekt, so die Stadtwerke-Mitarbeiterin, für das auf der Plattform geworben worden sei, konnte erfolgreich gestaltet werden und sende somit die positive Botschaft aus: „Gemeinsam können wir viel erreichen!“

Das kann Benedikt Michaelis von der DLRG nur unterstreichen. Im „Meeting-point Brandenburg“ erklärt er, warum das Crowdfunding-Projekt für seine Truppe so wichtig war: „Viele Menschen wissen gar nicht, dass unsere Einsatzkleidung selbst finanziert ist.“ Das heißt: Wer sich beim DLRG für in Not geratene Menschen einsetzen will – muss erst einmal tief in die eigene Tasche greifen. Nicht selten eine zu hohe Hürde für potentielle neue Ehrenamtler, denn der Preis für ein komplettes Einstiegsset, bestehend aus Hose, Schuhen, Shirts, Jacke und Neopren-Shorties, beläuft sich schnell auf 500 Euro. Mit dem großen Geldsegen können nun zehn neue Ehrenamtler eingekleidet werden. Eine Investition, die sich auch für die Bürger der Stadt Brandenburg an der Havel lohnen sollte. 



Raum zum Wohlfühlen – die neue CONTAINEX PLUS Line

Eltern wünschen sich für ihre Kinder vor allem eines: Eine freundliche und sichere Lernumgebung! Die neue CONTAINEX PLUS Line ist genau das – und eignet sich damit ideal als langfristige oder temporäre Raumlösung für den Kommunalbereich.

Die hochwertige neue Produktlinie in verbesserter Modulbauweise ermöglicht ein individuelles Gestalten der Räume und bietet neben einem modernen Design zahlreiche Highlights.



Diverse Ausstattungen wie Außenraffstores, Voll- und Teilverglasungen, Heiz- und Klimaanlage mit Wärmepumpentechnologie und eine hochwertige

Dämmung, abgestimmt auf Nutzungs- und Normanforderungen (z.B. Dämmung nach GEG, Brandschutz serienmäßig), schaffen ein angenehmes

Raumklima. Dank des akustikoptimierten Innenraums mit abgehängter Decke, integrierter LED-Beleuchtung sowie harmonischen Raumübergängen können sich nicht nur die Kleinsten, sondern auch das Lehrpersonal und die Erzieher/innen rundum wohlfühlen.

Überzeugen Sie sich selbst und entdecken Sie die Vorzüge der CONTAINEX PLUS Line auf www.containex.com oder besichtigen Sie unsere Musteranlagen!

ANZEIGE



Raum zum Wohlfühlen

- Ideal als langfristige oder temporäre Raumlösung (z.B. Kitas und Schulen)
- Angenehmes Raumklima dank optimaler Wärmedämmung
- Brandschutz (R)EI30 serienmäßig

www.containex.com

GEG konform*



*U-Werte gem. GEG

LAND

& LEUTE

DEMOGRAFIE

Mickey -Maus -Dörfer
für Senioren

Seite 60

STUDIE

Hass gegen
Kommunalpolitiker

Seite 63



PORTRAIT

**„WIR WOLLEN
FAMILIEN-
FREUNDLICH
SEIN“**

**Kati Wenzel, Bürgermeisterin von Jonsdorf im Zittauer
Gebirge, lässt schon die Kleinen in der Gemeinde
mitreden. Auch die Vereine sollen für den Nachwuchs
attraktiv sein.**

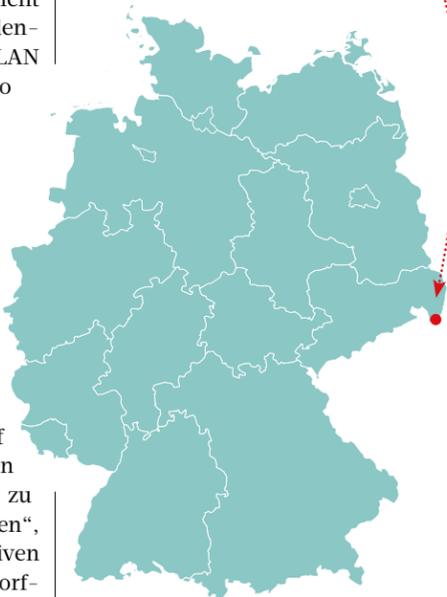
Von BENJAMIN LASSIWE

Pfeifend und schnaufend fährt die alte Dampfisenbahn in den Bahnhof **Jonsdorf** ein. Der Kurort im Zittauer Gebirge, direkt an der tschechischen Grenze, ist seit über 100 Jahren durch die Schmalspurbahn mit der Welt verbunden. Heute freilich sind es vor allem Wanderer und Tagestouristen, die die historischen Züge nutzen. Und auf ihrem Weg vom Bahnhof Jonsdorf in die Berge kommen sie nicht nur an einem mustergültig ausgebauten Fremdenverkehrsbüro mit Zimmervermittlung und WLAN vorbei. Sie sehen auch das Gemeindeamt, wo die ehrenamtliche Bürgermeisterin Kati Wenzel ihren Dienstsitz hat.

„Wir sind der familienfreundlichste Luftkurort überhaupt“, stellt die Bürgermeisterin ihre Gemeinde vor.

Der 1.500-Einwohner-Ort zählt jährlich 85.000 Übernachtungen von Feriengästen: Der Ort lebt vom Tourismus. Die Kurtaxe macht einen großen Teil des Gemeindebudgets aus. „Damit finanzieren wir die Pflege unserer Parks, die Spielplätze, die Instandhaltung“, sagt Wenzel. Doch Jonsdorf kämpft auch mit dem Klimawandel. „Wir stehen vor der Herausforderung, dass wir nicht mehr zu einhundert Prozent schneesichere Winter haben“, sagt Wenzel. „Wir müssen deswegen Alternativen zum Wintersport finden.“ Die so genannte Jonsdorf-Runde für den Langlauf ist nicht mehr gesichert, auch die Skiwanderwege im Zittauer Gebirge sind nicht mehr durchgehend passierbar. „Wir haben zum Glück eine Eishalle und ein Schmetterlingshaus im Ort“, sagt Wenzel. „Und wir hoffen, auch die Waldbühne in Jonsdorf zukünftig als Winterattraktion gestalten zu können, so dass es auch für Touristen schneefreie Attraktionen gibt.“ Mittlerweile gibt es in Jonsdorf auch eine Ladestation für eBikes. „Und es ist auch bemerkbar, dass ein anderes Klientel mit dem Fahrrad nach Jonsdorf kommt“, fällt Kati Wenzel auf. „Bisher waren es nur die besonders Sportlichen, die es auf diesem Weg bis zu uns geschafft haben.“

In der Kommunalpolitik ist die ausgebildete Bankkauffrau erst seit 2019 aktiv. „Wir sind als junge Familie nach Jonsdorf gezogen, weil die Infrastruktur hier so gut ist: Bäcker, Fleischer, Arztpraxis, Kinderkrippe und Kindergarten, Grundschule, Kaufhalle, alles ist da“, sagt Wenzel. „Und weil wir uns hier engagieren wollten, wollte ich Gemeinderätin werden.“ Doch dann kam der Bürgermeister



auf sie zu. „Kati, wenn Du Gemeinderätin werden willst, willst Du nicht auch Bürgermeisterin werden – und dann habe ich gesagt: Warum denn nicht?“ Selbst sah sie ihre Chancen auf das Amt nicht als unbedingt groß an: Sie war ortsfremd, eine junge Frau – und wurde dann doch die erste Bürgermeisterin in der Ortsgeschichte des kleinen Kurortes. „Am Tag nach der Wahl habe ich meine Familie ins Auto gepackt und wir sind an die Ostsee gefahren“, erinnert sich Wenzel. „Das Telefon hat unentwegt geklingelt, aber ich wollte es erst einmal sacken lassen – und habe mich gut gefühlt.“

Doch als sie nach Jonsdorf zurückkam, wurde sie von allen Seiten unterstützt. „Mein Vorgänger hat mich schon vor meinem Amtsantritt zu allen Sitzungen mitgenommen und vorgestellt – dadurch war ich dann schon etwas in der Materie drin“, sagt Wenzel. Wichtig ist der Jonsdorferin, dass sich im Ort ein Wir-Gefühl bildet. „Ich habe immer darum gebeten, dass alle ihre Meinungen einbringen“, sagt Wenzel. „Jeder soll ein Mitspracherecht haben, es soll demokratisch gehandhabt werden – das so umzusetzen, dass es für alle zufriedenstellend ist,

FOTOS: Philipp Herfort Photography, privat



ist eine große Herausforderung.“ Und dann kam Willi. Wenige Monate nach ihrem Amtsantritt merkte Kati Wenzel, dass sie erneut schwanger war. „Das wurde im Ort zuerst ganz, ganz kritisch gesehen“, sagte Wenzel. „Ich gebe zu, es war kein Wunschkind, das muss man einfach dazu sagen.“ Aber dann lief es doch besser als erwartet: In der Schwangerschaft war Kati Wenzel fünf Tage pro Woche im Büro. „Ich hatte im Hinterkopf: Ich muss denen zeigen, dass ich das kann“, sagt Wenzel. So ging es bis zur Geburt des Kindes: „Donnerstag war Gemeinderatssitzung und Montag kam Willi – und eine Woche später saß ich mit Willi wieder im Büro.“ Das hat der Bürgermeisterin in Jonsdorf Respekt eingebracht. „Wenn bei der Geburt etwas schiefgegangen wäre, wäre mein Stellvertreter sofort eingesprungen“, sagt Wenzel. „Aber es ist alles gut gegangen, ich war wieder da – und wenn nicht die Bürgermeisterin den familienfreundlichen Ort vorlebt, wer dann?“ Viele Dinge im Ort, die mit Familien zu tun haben, erlebt Kati Wenzel selbst: Sie kennt den Zustand der Spielplätze und weiß, wie die Situation in der Kinderkrippe und

„Familienfreundlich ist, wenn alte und junge Menschen in der Kommune etwas gemeinsam machen.“

Kati Wenzel,
Bürgermeisterin von
Jonsdorf

in der Kita ist. „Den baulichen Zustand in der Kita habe ich das erste Mal bewusst erlebt, als ich selbst ein Kind dort abgegeben habe“, sagt Wenzel. „Da merkt man dann, dass zum Beispiel der Waschraum in der Kinderkrippe nicht dort platziert ist, wo er sinnvollerweise sein sollte.“

Ein Projekt, das Wenzel gern noch mit der örtlichen Grundschule umsetzen möchte, ist ein Kindergemeinderat. Denn auch die Jüngsten sollen mit ihren Wünschen und Anliegen in Jonsdorf gehört werden. „In der Kita wird es schon umgesetzt: Da werden die Kinder zum Beispiel bei Entscheidungen über die Wand- oder Raumgestaltung einbezogen“, sagt Wenzel. „Und wir bemühen uns darum, dass in den Jonsdorfer Vereinen, etwa in der Volksspielkunst „Thalia“, eine Kinder- und Jugendgruppe gibt.“ Denn die traditionellen Vereine des Ortes sollen eine Chance haben, Nachwuchs zu gewinnen – und die Kinder und Jugendlichen stärker am Gemeindeleben teilhaben. Zum Beispiel auch beim Jonsdorfer Lebendigen Adventskalender, wo die Kinder und Jugendlichen mit Musik und Theaterstücken mitwirken. Und auch wenn das Gemeindeamt vor Weihnachten oder Ostern festlich dekoriert wird, sind es vor allem Bastelarbeiten der Kinder und Jugendlichen der Gemeinde, die dort zum Einsatz kommen. „Das ist dann so ein Miteinander, wo ich sage: Das ist familienfreundlich. Das ist ein WIR“, sagt Wenzel. „Wenn alte und junge Menschen in der Kommune etwas gemeinsam miteinander machen.“

Keine Probleme gibt es in der Jonsdorfer Kommunalpolitik mit der AfD oder dem Rechtsextremismus, sagt die Bürgermeisterin. „Ich versuche, eine Bürgermeisterin für alle Bürger zu sein“, sagt Wenzel. „Es darf jeder seine Meinung haben, aber ich wünsche mir ein friedliches und konstruktives Miteinander.“ Für sie haben alle demokratischen Positionen eine Daseinsberechtigung. „Es sollte verbal bleiben, es sollte nicht unter die Gürtellinie gehen – und meine Grenze ist erreicht, wenn es handgreiflich wird.“ Und das macht für Kati Wenzel auch eine gute Bürgermeisterin aus: „Jeden Einwohner mitnehmen bei jedem Vorhaben, sich Zeit zu nehmen, ihn anzuhören – Sorgen anhören, Wünsche anhören und auch Kritik“, sagt die Bürgermeisterin. Es gehe aber auch darum, Menschen aktivieren zu können. „Und vor allem muss man die Gemeinschaft im Ort auch selber vorleben.“



DEMOGRAFISCHER WANDEL

MICKEY MAUS-DÖRFER FÜR SENIOREN

Disney will neue Kleinstädte errichten – im Stil von Donald Duck und Co. Den Anfang macht eine Kleinstadt in den USA. Der Konzern sucht weitere Standorte – auch in Deutschland?

Von CHRISTIAN ERHARDT

Allein die Zielgruppe ist schon spannend: Menschen ab 55 Jahren – Mickey-Maus-Dörfer als Antwort auf den demografischen Wandel. Kernpunkt: Die Orte sollen den typischen Disney-Charme vermitteln. Bei Bewohnern und Besuchern soll der Eindruck entstehen, als könnten jeden Moment Donald Duck, Onkel Dagobert oder Mickey Maus vorbeikommen. Das erste Dorf ist auch schon gefunden: Mitten in der kalifornischen Wüste, gut zwei Stunden entfernt von Los Angeles. Rancho Mirage heißt das Dorf. Der Bürgermeister der 20.000-Einwohner-Kommune heißt Ted Weill und ist begeistert: "Das Wort herausragend ist untertrieben, das wird eine tolle Geschichte auf einem tollen Stück Land", freut er sich, dass der Konzern seinen Ort als ersten für die Wohnsiedlung ausgesucht hat. Rund 2.000 Wohnungen sollen hier neu entstehen. Dazu kommen noch neue Hotels, Restaurants und ein Beachclub, so die Pläne. Die konkreten Bebauungspläne sind weitgehend schon genehmigt, auch die Lagune zum Schwimmen – mitten in der Wüste, die unter einer Dürre leidet. Die örtliche Wasserbehörde habe aber schon grünes Licht gegeben, so Bürgermeister Weill.

Der Ort soll auch einen eigenen Namen bekommen: Contino. Ein neuer Ortsteil für die Kommune, die eher unter Wegzug leidet. Jeder Wohnpark soll

» Aus Geschichten sollen echte **Lebenswelten werden.**«

PR-Sprecher bei Disney

über einen Bereich verfügen, der speziell altersgerecht für eine Zielgruppe über 55 Jahren errichtet ist. Das Konzept beschreibt ein PR-Sprecher bei Disney wie folgt: „Aus Geschichten sollen echte Lebenswelten werden, mit Koch- und Yogakursen aber auch Wellness-Angeboten, die die Bewohner glücklich machen.“

Leben wie im Film – das wünschen sich auch in Europa sicher viele Fans. Und auch hier ist der demografische Wandel eine stetige Herausforderung für Kommunen. Der Disney-Konzern hält sich bisher bedeckt, ob er mit dem Konzept auch außerhalb der USA punkten möchte. Von Seiten des Konzerns heißt es nur: "Wir sind aktuell auf der Suche nach Standorten."

Zumindest im neuen Dorf Contino ist schon jetzt klar: Die rund 2.000 Wohneinheiten werden sowohl aus Häusern als auch aus Wohnungen bestehen. Sie sollen allesamt zum Kauf angeboten werden. Besonders günstig dürften diese allerdings nicht werden, auch wenn es noch keinerlei Preise gibt. Mit Blick auf die geplante Ausstattung dürfte aber auch schon deshalb klar sein, warum sich Disney hauptsächlich an wohlhabendere ältere Menschen wendet, die hier ihre eigenen „seniorengerechten“ Bereiche bekommen sollen.

FOTO/Adobe Stock

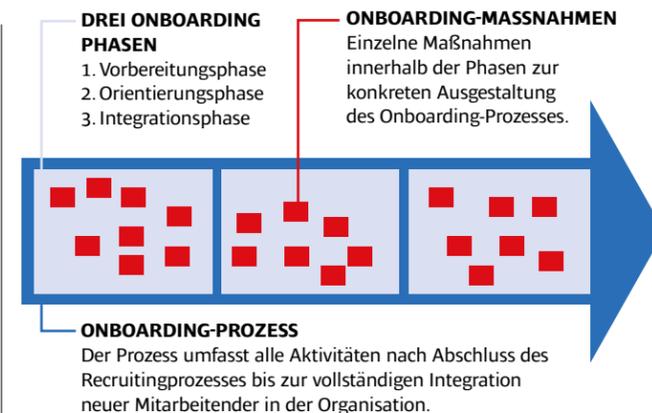
KGSt-DENKANSTÖSSE

ONBOARDING IST EIN MUST-HAVE FÜR KOMMUNEN!

Warum es sich Organisationen nicht mehr leisten können, auf einen professionellen Onboarding-Prozess zu verzichten, erläutern Marc Beys, Lena Ottersbach und Melina Schmechta.

Erinnern Sie sich noch an Ihren ersten Arbeitstag mit den vielen neuen Eindrücken? Wissen Sie noch, wie unbekannt und ungewohnt Ihnen vieles vorgekommen ist? Wie wurden Sie begrüßt? Wie war Ihr Arbeitsplatz vorbereitet? All das gehört zu einem professionellen Onboarding.

Der demografische Wandel, der Fachkräftemangel, die Digitalisierung und der Wertewandel gehören zu den großen Herausforderungen für die kommunalen Arbeitgebenden. Viele erfahrene Beschäftigte scheiden in den nächsten Jahren aus dem Erwerbsleben aus. Gleichzeitig gibt es in nahezu allen Segmenten einen Mangel an Beschäftigten. Dadurch wurde die Position der Bewerbenden auf dem Arbeitsmarkt gestärkt. Vor allem gut ausgebildete Kandidatinnen und Kandidaten können so aus einer Vielzahl von Stellenausschreibungen die für sie interessanteste Stelle auswählen. Zusätzlich beeinflusst die im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten gestiegene Wechselwilligkeit von Mitarbeitenden die personelle Ausstattung. Werden die Recruiting-Prozesse erfolgreich mit Stellenbesetzungen abgeschlossen, warten weitere Herausforderungen



auf die Arbeitgebenden. Die neuen Mitarbeitenden müssen nahtlos in das Onboarding überführt werden, um professionell in die Organisation und deren Kultur integriert und eingearbeitet werden zu können. Schließlich soll vermieden werden, dass sich neue Teammitglieder bis zum Ende der Probezeit oder sogar vor dem Vertragsbeginn nochmals anders entscheiden und die Arbeitsstelle wechseln.

Der Onboarding-Prozess gliedert sich in drei Phasen: die Vorbereitungs-, die Orientierungs- und die Integrationsphase. Eine strukturierte Umsetzung des Prozesses trägt dazu bei, das Risiko von Abgängen neu eingestellter Personen zu reduzieren. Gleichzeitig sind diese Beschäftigten schneller arbeitsfähig, fühlen sich besser integriert und bauen besonders schnell eine Bindung zu ihrem neuen Arbeitgebenden

auf. Ein strukturierter Onboarding-Prozess unterstützt zudem eine attraktive Arbeitgebermarke.

Was genau Onboarding bedeutet und warum es heute ein Must-Have für Kommunen ist, wird im KGSt®-Bericht 02/2022 beschrieben. Zusätzlich sind praktische Handlungshilfen, Maßnahmen und kommunale Beispiele enthalten, die sich nach Anpassung auf die individuellen Anforderungen für die eigene Organisation umsetzen lassen.

MEHR INFORMATIONEN

- Marc.Beys@KGSt.de
- Lena.Ottersbach@KGSt.de
- Melina.Schmechta@KGSt.de

www.kgst.de
 www.facebook.com/KGSt.de
 www.instagram.com/kgst_de
 www.twitter.com/KGSt_de
 www.xing.com/companies/kgst

Marc Beys ist Referent im Programmbereich Personalmanagement der KGSt.



Lena Ottersbach ist Referentin im Programmbereich Personalmanagement der KGSt.



Melina Schmechta ist Referentin im Programmbereich Personalmanagement der KGSt.





BADEN-WÜRTTEMBERG



Photovoltaik-Pflicht beim Neubau

Ab 1. Mai gilt in Baden-Württemberg die Pflicht, auf neuen Wohngebäuden Photovoltaik (PV) zu installieren. Sie greift ab Januar 2023 auch bei allen grundlegenden Dachsanierungen. Die PV-Pflicht gilt für alle Anträge auf Baugenehmigung und deren Bauvorlagen, die ab 1. Mai bei der

jeweils zuständigen unteren Baurechtsbehörde eingehen, so die Landesregierung. Seit Anfang des Jahres besteht die Verpflichtung bereits beim Neubau von „Nicht-Wohngebäuden“, etwa dem Neubau von Hallen oder Firmendächern sowie von offenen Parkplätzen mit mehr als 35 Stellplätzen.

Landesweites Jugendticket gestartet

Land, Kommunen und Verkehrsverbände bieten neu in Baden-Württemberg ein landesweites Jugendticket für 365 Euro an. Ziel ist es, damit junge Menschen für den öffentlichen Nahverkehr zu gewinnen. Das Land stellt

bis zum Jahr 2025 rund 327 Millionen Euro bereit und übernimmt damit 70 Prozent der Kosten. Das Jugendticket können alle Jugendlichen mit Wohnort in Baden-Württemberg bis zum 21. Geburtstag erwerben.



BAYERN

Wettbewerb um bestes Stadtmarketing

Die Kommunen können sich wieder um den Stadtmarketingpreis Bayern 2022 bewerben. Die Auszeichnung wird seit 2005 alle zwei Jahre verliehen. Erstmals wird ein Preisgeld von 2.500 Euro vergeben. „Wir suchen die kreativsten City- und Stadtmarketingkonzepte bayerischer Städte und Gemeinden“, so Wirtschaftsminister Hubert

Aiwanger. Wie wichtig das Stadtmarketing in den Corona-Monaten für die Innenstädte war, zeigten zahlreiche Initiativen. Wer bei der Preisverleihung am 24. Oktober dabei ist, entscheidet eine unabhängige Jury. City- und Stadtmarketingorganisationen können sich bis Mitte Juni bewerben. Infos unter www.stadtmarketingpreis-bayern.de

Arbeitsmarkt für ukrainische Flüchtlinge

Der Freistaat Bayern will bei der Integration der ukrainischen Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt eng mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) zusammenarbeiten. Ein Bündel an Maßnahmen soll die Angebote des Bundes und der Agentur für Arbeit ergänzen: So können Ukrainer auch vom Freistaat geförderte Pro-

jekte zum Spracherwerb nutzen – etwa über das Projekt „Sprache schafft Chancen“. Es unterstützt Ehrenamtliche dabei, Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund in Sprachandems oder Sprachkursen Deutsch zu lernen. Außerdem setzt Bayern auf Ausbildungs-Akquisiteure und Jobbegleiter für Flüchtlinge.



FOTO/Adobe Stock



BRANDENBURG



Weg von der Kohle

Über ein EU-Projekt forscht das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) zu den sozialen Auswirkungen des Strukturwandels im Lausitzer Kerngebiet. Eine Online-Umfrage in der Region soll Aufschluss darüber geben, wie sich der Strukturwandel auf die Gefühlswelt der Lausitzer Bevölkerung auswirkt, welche Rolle dabei ihre Hei-

matverbundenheit spielt und wie sie den neuen Herausforderungen begegnet. Bewohner ausgewählter Lausitzer Kommunen sind eingeladen, bis zum 31. Mai an einer anonymen Befragung teilzunehmen. Das Projekt untersucht in 13 kohlenstoffintensiven Regionen der EU, wie sich der Ausstieg aus Kohle und Kohlenstoff auf die Gesellschaft auswirkt.

Hass und Gewalt gegen Kommunalpolitiker

Jeder dritte kommunale Amts- und Mandatsträger hat zwischen 2014 und 2021 Beleidigung, Bedrohung, Sachbeschädigung oder Gewalt erlebt. Für eine Studie, die Brandenburg in Auftrag gegeben hat, wurden 7.000 Kommunalpolitiker befragt. „Es verging statistisch fast kein einziger Tag, an dem es nicht irgendwo in Brandenburg zu einem solchen Vorfall kam“, so der Innenminister. Frauen

werden häufiger und in übler Art und Weise bedroht und angegriffen. Als erste Maßnahme kündigte er an, dass die kommunalen Bildungsträger mit Unterstützung der „Landesakademie für öffentliche Verwaltung“ Seminare und Veranstaltungen zum Umgang, zur Prävention und zur Resilienz gegen Einschüchterung, Hass sowie Gewalt auflegen werden. Mehr dazu auf Kommunal.de



HESSEN

Briefe wegen neuer Grundsteuer

In Hessen sollen Hausbesitzer über persönliche Anschreiben über die neue Grundsteuer informiert werden. Das Finanzministerium kündigte an, im Juni drei Millionen Briefe mit Aktenzeichen verschicken zu wollen, schreibt die „FAZ“. Damit solle den Eigentümern die Abgabe der überarbeiteten Grundsteuer „so einfach wie möglich“ gemacht werden. Die Grundsteuer muss

nach einem Bundesverfassungsgerichts-Urteil reformiert werden. Die neue Berechnung greift erst im Jahr 2025. Doch schon von Anfang Juni bis Ende Oktober dieses Jahres müssen Eigentümer von Grundstücken, Häusern, Wohnungen und von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben Daten liefern. Das Finanzministerium hat Checklisten ins Netz gestellt: www.grundsteuer.hessen.de.

Mehr Hausärzte gewinnen

Um den öffentlichen Gesundheitsdienst und die hausärztliche Versorgung in Hessen zu stärken, hat die Landesregierung gesetzlich eine Doppel-Vorabquote geschaffen. Sie ist gedacht für Interessierte, die Medizin studieren wollen, um anschließend als Hausärztin im ländlichen Raum oder als Fachärztin im Gesundheitsamt zu arbeiten.

„Das Besondere ist, dass der Notendurchschnitt der Hochschulzugangsberechtigung in diesem zweistufigen Auswahlverfahren nicht ausschlaggebend ist. Stattdessen geht es um eine persönliche und fachspezifische Eignung mit entsprechenden Kompetenzen“, so Sozial- und Integrationsminister Kai Klose. Dazu zählen Ehrenamt oder Freiwilligendienst.





NIEDERSACHSEN

Prämie für **Schäfer**

Das Land Niedersachsen unterstützt Halter von Schafen und Ziegen mit einer Prämie. Die Tiere müssen über neun Monate alt sein. Eine der Bedingungen ist, dass die Schafe und Ziegen mindestens 120 Tage im Jahr auf die Weide dürfen. Für Tiere, die das ganze Jahr im Stall gehalten werden, gibt es hingegen

keine Förderung. Schaf- und Ziegenzuchtverbände beklagen seit Jahren die schlechte wirtschaftliche Lage der Betriebe. Die Prämie von 33 Euro am Tag pro Tier soll die von den Schäfern geleistete Arbeit in der Landschaftspflege für den Erhalt der vielfältigen Kulturlandschaften ein Stück weit honorieren.

Gericht kippt **Zweitwohnungssteuer**

Die Zweitwohnungssteuer auf Fehmarn ist in ihrer jetzigen Form rechtswidrig. Das hat das Verwaltungsgericht Schleswig entschieden. Die Richterin bemängelte, dass die Stadt Fehmarn bei der Steuer den reinen Bodenrichtwert zugrunde lege, ohne die

Lage des Grundstücks in der Ortschaft zu berücksichtigen. Die Stadt hingegen argumentiert, der Bodenrichtwert werde anhand der Lage ermittelt. Sie kündigte an, Revision einlegen zu wollen. Fehmarn hatte die Zweitwohnungssteuer im Jahr 2020 erhöht.



NRW

Wo die ältesten **Erwerbsfähigen** wohnen

Von allen 398 Städten und Gemeinden in NRW leben die ältesten Erwerbsfähigen in Bad Sassendorf im Kreis Soest, Meckenheim im Rhein-Sieg-Kreis und Hünxe im Kreis Wesel. Der niedrigste sogenannte Altersquotient wurde für Augustdorf im Kreis Lippe, in Münster und die Stadt Paderborn

errechnet. Der Altersquotient gibt an, wie viele Menschen im Rentenalter rein rechnerisch auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 66 Jahren kommen. Ende 2020 lag dieser Quotient für ganz NRW bei 30,5. Dies teilte das Statistische Landesamt „Information und Technik“ jetzt mit.

App für **Flüchtlinge**

Der Landkreis Viersen nutzt bereits seit September 2021 die App Integreat als mehrsprachige Informationsplattform für Zugewanderte, Flüchtlinge und Asylsuchende. Nun hilft es auch Flüchtlingen aus der Ukraine, sich besser zurechtzufinden. Inzwischen bieten immer mehr Kommunen und Kreise zugewanderten

Menschen die nötigen Informationen in der jeweiligen Muttersprache an. Die App lässt sich sowohl auf dem Smartphone und über den Browser nutzen und läuft auch offline. Entwickelt wurde sie von einem ehrenamtlichen Team von Studenten der Technischen Universität München während der Zuwanderungswelle 2015.



FOTO/Adobe Stock



RHEINLAND-PFALZ



Freiwillige im Ahrtal

Landesregierung und Handwerkskammer Koblenz starteten das Projekt „Aufbau Ahr- Freiwillige Aufbauzeit im Ahrtal.“ Ziel ist es, Interesse für eine Ausbildung in einem Betrieb zu wecken und zum Wiederaufbau im hochwassergeschädigten Ahrtal beizutragen. Die Teilnehmer bis 27 Jahre können sich in drei Gewerken ausprobieren. Pro Monat bekommen sie 470 Euro und die Unterkunft

bezahlt. Das Freiwilligenprojekt läuft bis zum 31. Dezember und kostet 200.000 Euro, die zu 90 Prozent vom Land und zu 10 Prozent von der Handwerkskammer Koblenz getragen werden. 279 Ausbildungsverträge sind laut Handwerkskammer in der Flutregion im vergangenen Jahr abgeschlossen worden, so viele wie im vergangenen Jahrzehnt nicht mehr.

Kommunen werden **entschuldet**

Besonders belastete Kommunen werden über eine Verfassungsänderung entschuldet. Im Landtag gibt es dafür eine breite parlamentarische Zustimmung. Die Landesregierung hatte Ende vorigen Jahres vorgeschlagen, die Hälfte der kommunalen Schulden von rund drei Milliarden Euro zu übernehmen. Ministerpräsidentin Malu

Dreyer kündigte an, dass die rheinland-pfälzischen Kommunen durch ein kommunales Investitionsprogramm mit dem Schwerpunkt Klima und Innovation unterstützt werden sollen. Dafür seien weitere 250 Millionen Euro vorgesehen. Mit den Kommunalen Spitzenverbänden werde auch an einer Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs gearbeitet.



SACHSEN-ANHALT

App zur **Natur** verbessert

Die Smartphone-Anwendung „Meine Umwelt“ bietet Interessierten aus Sachsen-Anhalt spannende Informationen. Dazu gehören Messdaten zu Luft und Gewässern und Karten zu Schutzgebieten. Es ist auch möglich, Umweltbeeinträchtigungen zu melden und nicht-heimische Arten. Jetzt ist die App grundlegend überarbeitet worden. Der Startbereich ist nun

zum Beispiel übersichtlicher gestaltet. Mit wenigen Klicks lässt sich viel erfahren: ob man sich in einem Schutzgebiet befindet, wie die Wasserqualität des nächstgelegenen Sees ist, was der Direktvermarkter um die Ecke anbietet oder wohin der nächste Ausflug gehen könnte. Die neue Version ist ab sofort für Android und iOS kostenlos verfügbar.

Erstes Magdeburger **Klimasparbuch**

Tipps für eine klimaschonende Lebensweise bietet das erste Magdeburger Klimaschutzparbuch. Der Ratgeber ist kostenlos. Der gemeinnützige Verein Klimabonus e.V. und die Landeshauptstadt wollen in dem 112-seitigen Taschenbuch im Oekom Verlag mit vielen praktischen Tipps zum Klimaschutz anregen. Das klimaneutral produzierte Buch ist in Ernährung, Kon-

sum, Mobilität und Wohnen aufgeteilt. Diese vier Bereiche verursachen jeweils etwa ein Viertel des CO₂-Fußabdrucks in Deutschland. Das bedeutet, dass jeder Mensch im Land durchschnittlich elf Tonnen Kohlenstoffdioxid pro Jahr erzeugt – die internationale Vereinbarung der Pariser Klimakonferenz sieht allerdings maximal zwei Tonnen pro Person und Jahr vor.



DIE GUTE NACHRICHT

KAFFEE HÄLT HERZ UND GEHIRN FIT

Für viele gehört der Kaffee morgens oder in der Mittagspause zum Alltag. Die schwarze Brühe macht aber nicht nur munter, sondern auch gesund. So kurbelt schon eine Tasse die Verdauung an. Noch besser sind aber zwei Tassen – denn sie schützen das Herz, zeigt eine neue Studie der Londoner Queen of Mary Universität. Demnach senkt ein moderater Kaffeekonsum das Risiko für herzbedingte Todesfälle um 17 Prozent. Auch Menschen mit Bluthochdruck dürfen übrigens Kaffee trinken. Zwar steigt der Blutdruck kurzfristig, bewirkt aber auf Dauer eine Blutdrucksenkung. Noch besser sind drei Tassen pro Tag, dann sinkt laut den Forschern das Schlaganfall-Risiko um 21 Prozent, außerdem sind drei Tassen besonders gut fürs Gehirn. Und Kaffeejunkies haben auch Grund zur Freude: Vier Tassen schützen die Leber besonders gut, mit fünf Tassen Kaffee können Sie Diabetes Typ 2 vorbeugen. Tasse sechs hilft dann zwar besonders gut gegen Gicht, ab sechs Tassen warnt die Deutsche Herzstiftung aber vor Nebenwirkungen. In diesem Sinne: PROST! ☕



Lesen,
was relevant ist.

Der Newsletter – schneller wissen, was Sache ist

- ✓ Studien und Rechtsurteile als Erste lesen
- ✓ Best Practice Beispiele aus anderen Kommunen
- ✓ Dialog mit Entscheidungsträgern
- ✓ Hintergründe und Interviews
- ✓ Kostenfrei jeden Donnerstag in Ihrem E-Mail Postfach

Liebe Leserinnen und Leser,

Klimaschutz und Klimaneutralität werden sich nicht in Berlin entscheiden, sondern in jeder einzelnen Kommune. Als eine der ersten Regionen haben sich vor zwei Jahren acht kleinere Städte in Südwestfalen in einem Energie- und Ressourceneffizienznetzwerk zusammengefunden. Das Ziel: Jedes Jahr 15 Prozent Emissionen in öffentlichen Gebäuden einzusparen. Wo steht man heute? Wo liegen die Herausforderungen und wo das meiste Potenzial?

Unsere Reporterin hat sich in der Region umgehört und berichtet für die nächste Ausgabe. Außerdem waren wir in Oberfranken und haben uns angesehen, wie die Energiewende dort angegangen wird. Nur zwei der Themen in der nächsten Ausgabe der KOMMUNAL. Bis dahin wünsche ich Ihnen eine gute Zeit und „Bleiben Sie gespannt“.

Ihr Christian Erhardt





Mit einem lokalen Netzwerk global ans Werk.

Peter Illk, Bürgermeister von Baruth/Mark

Jedes Jahr organisiert die Gemeinde Baruth/Mark die Baruther Schlossgespräche für Nachhaltige Entwicklung. Hier tauschen sich Mitarbeitende von Kommunen aus ganz Brandenburg zur Umsetzung der Agenda 2030 aus – denn Nachhaltigkeit geht nur gemeinsam.

Wenn auch Sie sich mit Ihrer Kommune für lokale Nachhaltigkeit und eine gerechtere Globalisierung einsetzen möchten, berät, vernetzt und fördert Sie die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. info@service-eine-welt.de | www.service-eine-welt.de

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ist Teil von ENGAGEMENT GLOBAL und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

ENGAGEMENT GLOBAL GmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Friedrich-Ebert-Alle 40 | 53113 Bonn www.engagement-global.de

ENGAGEMENT
GLOBAL

Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE 
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung